

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

ver.di



Pressefreiheit 2014

■ **Tarifikampf Zeitungen**
Streiks und Proteste
bis zur 10. Runde

■ **Zukunftsthesen**
Öffentlich-rechtlich?
Ja, bitte und wie!

■ **Harte Einschnitte**
NRW: Redakteure
zweiter Klasse

Datensammler noch unterwegs

Von Karin Wenk | Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 8. April die EU-Richtlinie zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung gekippt. Sie ist nicht mit den europäischen Grundrechten vereinbar, war die klare Ansage. Da verwundert es schon, wenn die deutsche Regierung weiter zaudert, dieses Thema endlich ad acta zu legen. Vor allem aus den Reihen der CDU, etwa vom hessischen Innenminister Peter Beuth, wird nach wie vor auf eine baldige „Neuregelung der Speicherung von Telekommunikationsdaten auf Vorrat“ in Deutschland gepocht. Die Scharfmacher und unbelehrbaren Datensammler sind also noch unterwegs! Deshalb gilt es nicht müde zu werden, die große Koalition aufzufordern, ihre Pläne zur Wiedereinführung der Datenspeicherung fallen zu lassen. „Auch eine Speicherung mit verkürzten Aufbewahrungsfristen und ein Datenzugriff mit Richter vorbehalt stellen einen schweren Eingriff in die Pressefreiheit und andere Grundrechte dar“, mahnt Reporter ohne Grenzen. Zudem gefährdet jedwede Speicherung von Verbindungsdaten den Informantenschutz. Sie schreckt jene ab, die sich mit Informationen über Missstände an die Medien wenden und behindert damit die Presse in ihrer Wächterfunktion.

Leider ließ auch der EuGH, wie schon zuvor das Bundesverfassungsgericht eine Speicher-Tür offen. Der massive Eingriff in die Grundrechte müsse sich auf das „absolut Notwendige“ beschränken, heißt es im Urteil. Eine klare Definition sieht anders aus! Das ist eher ein Einfallstor für jene, die trotz NSA-Skandal nichts dazu gelernt haben. So verwundert es an dieser Stelle nicht, wenn aus der schwarz-roten Koalition zu hören ist, dass sie dieses heikle Thema vor der nächsten Bundestagswahl doch lieber nicht noch einmal anfassen möchte. Könnte ja Stimmen kosten! Sie wolle aber dann erneut aktiv werden, wenn die EU-Kommission eine neue Richtlinie vorlege.

Naja, vielleicht bringt der Big Brother Awards einen Erkenntnisgewinn. Der von Datenschützern seit dem Jahr 2000 verliehene Preis ging 2014 an das Bundeskanzleramt für seine Verstrickungen in den NSA-Überwachungsskandal. Diese hätten vor allem darin bestanden, es sträflich unterlassen zu haben, die Bürger vor Ausforschung zu schützen, so die Begründung. Den erstmals verliehenen Positivpreis erhielt Edward Snowden.

Auf ein Wort



TITEL PRESSEFREIHEIT

- 8 Schattenseiten hierzulande**
Von Günter Herkel
- 10 Verlust: Anja Niedringhaus**
- 11 Feind des Internets**
In Vietnam hat der Staat alle Medien fest im Griff
- 12 Hetze gegen Journalisten**
In Ägypten hat die Pressefreiheit einen Tiefpunkt erreicht
- 13 Wortgefechte um die Krim**
Informationsblockade ukrainischer Medien und „extreme Zensur“
- 14 Chefredakteure ausgetauscht**
Tausende Journalistinnen und Journalisten in Spanien arbeitslos
- 14 Nicht vergessen: Mumia Abu Jamal**
- 15 Hilfe auf kurzem Weg**
„Journalisten helfen Journalisten“ seit mehr als 20 Jahren weltweit
- 16 Mit der Wurzel ausreißen**
Türkei: Von einem der auszog, die sozialen Medien das Fürchten zu lehren

AKTUELL

- 4 Klare Erwartungen an die nächste Runde**
Verleger müssen sich ernsthaft nach vorn bewegen
- 5 Nicht hinterfragte Wahrheiten**
Debattenbeitrag zum Thema „Journalist und Aktivist“ in M 1/2014
- 6 Europäische Bürgerinitiative für Medienvielfalt**
- 6 Mindestlohn für Zeitungszusteller**
- 6 dju unterstützt Petition für ein Presseauskunftsrecht**
- 6 Für Medienfreiheit und Rundfunk in Europa**
- 6 Schülerförderpreis für „iWahn 2.0“**

KOLUMNE

- 7 Verfassungswidrig**
Richter rügen politische Ränkespiele im ZDF und zwingen zu Veränderung

MEDIEN + POLITIK

- 17 Finanzierung von AFP ist rechtmäßig**
- 17 Weichenstellungen für das Urheberrecht**
- 18 „Öffentlich-rechtlich? Ja, bitte!“**
Ein erstmals sinkender Rundfunkbeitrag und ein Thesenpapier von ver.di

TARIFE + BERUF

- 19 **Zeitung obsiegt gegen die Bahn**
Unterlassungsklage gegen Artikel zu Stuttgart 21 zurückgezogen
- 20 **Höhere Gagen für Filmschaffende**
- 20 **Weltbild-Insolvenz: Harte Einschnitte für Belegschaft**
- 21 **Tarifrunde dpa: Noch zu kleines Angebot**
- 21 **Thomson Reuters: 2,2 Prozent mehr ab 1. Juli**
- 21 **Schon entdeckt? Leipzigs Neue**
- 22 **Strengere Kontrollen**
Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Künstlersozialkasse
- 22 **Ein Jahr nach der dapd-Insolvenz**
- 23 **Redakteure zweiter Klasse**
Tariflose Tochter bei der Rheinischen Post
- 24 **Brücken gebaut**
Linke Medienakademie auch 2014 erfolgreiches Lernen und Lehren

MEDIEN + WIRTSCHAFT

- 25 **MOZ-Mantel kommt bald aus Berlin**
- 26 **Rheinische ReGe – Zweckehe auf tarifloser Basis**
- 26 **50 Entlassungen bei der WAZ**
- 27 **Vom Trendsetter zum Auslaufmodell?**
Stadtmagazine Tip und Zitty erscheinen jetzt im selben Verlag



Fotos: Christian von Polentz / transfotografie.de

Proteste zur 9. Tarifrunde am Verhandlungsort in Berlin

MEDIEN + INTERNATIONAL

- 28 **Keine Ländergrenzen**
Debatte über den Wandel der Medien in Europa
- 28 **Sieg vor Gericht**
- 29 **Der Unternehmerjournalist**
Ein Diskussionsmodell für europäische Gewerkschaften
- 30 **Österreich: Rotstift für die Presseförderung**

SERVICE / LEUTE

- 30 **Impressum**
- 31 **Leute**



Foto: Chr.v. Polentz

Editorial

Pressefreiheit im Visier

Die Freiheit der Medien, ihre Unabhängigkeit, ihre Vielfalt sind nach wie vor in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil! Vor allem wenn es an die Machtstrukturen geht, wenn Menschen auf Veränderung in einer korrupten oder militanten Gesellschaft dringen, geraten auch Journalisten, Fotografinnen, Kameralente ... häufig ins Visier von Machthabern oder Fanatikern. So trauern wir um die renommierte AP-Fotografin Anja Niedringhaus, die in Afghanistan erschossen wurde. Beim EU-Anwärter Türkei sind Journalisten wegen ihrer Arbeit in Haft und stehen vor Gericht. Auch in Vietnam sind Blogger als Andersdenkende hinter staatlichen Gittern. In Ägypten nimmt die Hetze gegen Journalisten zu, einigen wird der Prozess gemacht. Auf der Krim sehen sich Medienschaffende einer Informationsblockade und extremer Zensur ausgesetzt (S. 10 bis 16).

Die Weltkarte der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen jedes Jahr herausgibt, zeigt eine Einschätzung über die Lage der Pressefreiheit. Die Verbreitung dieser Übersicht wird auch von M unterstützt, sie liegt in dieser Ausgabe bei. Deutschland ist auf der Karte weiß gekennzeichnet, was eine „gute Lage“ für die Pressefreiheit attestiert. Dennoch gibt es auch hierzulande Entwicklungen, die das Bild einer demokratischen und transparenten Informationsgesellschaft trüben. M legt den Finger auf diese „Wunden“ (S. 8 bis 10), weist auf den mangelnden Schutz redaktioneller Daten hin, auf Fälle staatlicher Überwachung von Journalisten, die Vorratsdatenspeicherung (auch S.2) und ein fehlendes Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene (auch S. 6).

Die Vielfalt der Presse in Deutschland leidet derzeit unter massiven Erosionserscheinungen: Tariffucht ganzer Verlage, Gründungen tarifloser Redaktionsgemeinschaften, lokale Fusionen, in deren Folge Zeitungen mit verschiedenen Titeln, jedoch weitgehend gleichem Inhalt erscheinen (S. 23,26).

All das während der laufenden Tarifrunde, in der die Verleger einerseits angeblich zum Flächentarif stehen, andererseits jedoch maßlose Tarifrückführungen einfordern. Die dju setzt dem massive Streiks entgegen (S.4). Und sie unterstützt deshalb auch eine Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus, die allein in Deutschland 75.000 Unterschriften benötigt, um erfolgreich zu sein (S. 6).

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Grafik: Hermann Haubrich

Klare Erwartungen an die nächste Runde

Verleger müssen sich ernsthaft nach vorn bewegen

Ohne Ergebnis waren die Verhandlungen für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure, Pauschalisten und Freie bei Tageszeitungen am 26. März unterbrochen worden. Am 17. April geht es nun in die zehnte Runde (kurz nach Andruck der M) und ver.di erwartet, dass die Verleger sich zu einem Einkommensplus bekennen.

Rund 1.500 Streikende haben in den Tagen vor der neunten Verhandlung in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, ein tarifliches Minusgeschäft einzugehen. Am Verhandlungsort in Berlin demonstrierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Norden ihr Bekenntnis zum Flächentarifvertrag. Auch nach dem 26. März fanden in Ostwestfalen-Lippe und in Baden-Württemberg weitere Streiks statt. Auf sehr gut besuchten Streikkonferenzen wie zum Beispiel in Köln wurde über den Verlauf der Tarifaueinbarung diskutiert.

Bis zuletzt hätten die Verleger leider kompromisslos auf Kürzungen beharrt, kritisierte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer, Frank Werneke. Die Gewerkschaften hingegen hätten sich intensiv um eine Lösung im Tarifkonflikt bemüht. „Wir haben dem BDZV mehrere unterschiedliche Modelle vorgelegt, die am Ende zu einem leichten Plus für unsere Mitglieder geführt hätten, den Forderungen der Verlegervertreter aber dennoch entgegengekommen wären“, unterstrich Werneke. Der BDZV habe nach wie vor darauf bestanden, die Jahresleistung und das Urlaubsgeld stufenweise über die kommenden fünf Jahre von jetzt 1,75 auf 1,5 Monatsgehälter abzusenken und den Urlaubsanspruch zu verschlechtern. Die Kürzungen von Jahresleistung und Urlaubsgeld sollten nach dem Willen des BDZV für Neueinstellungen und im Norden sofort greifen.

Die dju-Tarifkommission hat in ihrer Sitzung am 4. April die Richtung der eigenen Verhandlungskommission bekräftigt und die Fortsetzung der Verhandlung mit der Formulierung von klaren Erwartungen an den BDZV verbunden. Der Verlegerverband muss zunächst klären, für wen er überhaupt noch ein Mandat hat. Offensichtlich verliert der BDZV zunehmend seine Tariffähigkeit. Die Verlegerverbände im Norden lassen bisher offen, ob sie noch einen Tarifvertrag mittragen. Reihenweise werden derzeit tariflose Redaktionsgesellschaften gegründet – auch in Verlagen prominenter Verbandsrepräsentanten. Der BDZV redet vom Flächentarifvertrag und zerstört ihn gleichzeitig durch tägliches Handeln (M S. 23, 25, 26). Die dju in ver.di fordert neben einer Gehalts- und Honorarsteigerung von 5,5 %, die Einbeziehung von Onlinern und externen Redaktionsgesellschaften in den Geltungsbereich des Tarifvertrages sowie die Übertragung von Tarifsteigerungen auf Pauschal-Honorare für freie Journalistinnen und Journalisten.

Für den Fall dass mit der BDZV-Verhandlungskommission kein tragfähiges Tarifergebnis zu erzielen ist, hat die dju-Tarifkommission ihre Verhandlungskommission dazu mandatiert, die Bildung von regionalen Tarifkommissionen – oder auch Tarifkommissionen für einzelne Verlage und Verlagsgruppen vorzubereiten. In jedem Fall werde die dju in ver.di über ein möglicherweise erzielt Tarifergebnis vor dessen Abschluss eine Mitgliederbefragung durchführen, so eine weitere Festlegung. Sollte der BDZV auf einem nach Bundesländern differenziertem Tarifergebnis beharren, dann werden auch die dju-Mitglieder in den betroffenen Ländern separat zum Tarifergebnis befragt.

wen ■

- (1) Stuttgart: Eine Hochburg des Widerstandes in dieser Tarifrunde
- (2) In Bayern kam es vielerorts zu Protesten wie hier in Augsburg
- (3) Streikversammlung in Köln mit interessanten Debatten
- (4) Wirkungsvoller Protestzug durch Minden in Ostwestfalen
- (5) Streik im Baden-Württembergischen Oberndorf nach Verhandlungsabbruch
- (6) Demonstranten aus Tübingen und Stuttgart dringen in Rottweil ein
- (7) Aktion des Darmstädter Echos – symbolisch vor einem Abbruch-Haus



(1)

Foto: Joachim E. Röttgers / GRAFFITI



(2)

Foto: ver.di



(3)

Foto: Jürgen Seidel, Köln



(4)

Foto: Sarah Jonek



(5)

Foto: ver.di



(6)

Foto: ver.di



(7)

Foto: ver.di

Nicht hinterfragte Wahrheiten

Debattenbeitrag zum Thema „Journalist und Aktivist“ in M 1/2014

Kann ein Journalist auch Aktivist sein? Diese Frage wird seit einiger Zeit sehr kontrovers diskutiert. Auch M griff sie auf. Entzündet hat sich die Diskussion an den Veröffentlichungen des NSA-Materials durch Glenn Greenwald. Hierzulande stößt sie auf breitere Aufmerksamkeit, seit Kai Biermann und Patrick Beuth in Frage stellten, ob Greenwald nach einem Videoauftritt vor dem Chaos Computer Club noch als Journalist bezeichnet werden könnte.

„Greenwald hat“, so Biermann und Beuth in *Zeit Online*, „in seiner Rede eine Grenze überschritten, als er wir sagte statt ihr. Er hat sich mit den anwesenden Hackern gemein gemacht, mit den Aktivisten und Bürgerrechtlern. Er sieht sich als einer von ihnen.“ Der Chefredakteur von *Zeit Online* Jochen Wegner sekundierte etwas pathetisch, aber deutlich: „Journalisten streben wie Wissenschaftler nach Erkenntnis, ja nach Wahrheit.“

Auch wenn dieser große Anspruch nicht immer einzulösen ist, ist er nicht von vorneherein von der Hand zu weisen. Warum ein Medium wie die *Zeit* mit einer großen liberalen Tradition ausgerechnet anhand der Person Glenn Greenwald die Frage nach dem Verhältnis von Journalismus und Aktivismus aufwirft, ist jedoch verwunderlich. Warum interessiert man sich bei *Zeit Online* dafür, vor welchem Auditorium ein Journalist als Aktivist auftritt, aber nicht viel mehr dafür, welche Art von Aktivismus dem tagtäglich in vielen unterschiedlichen Medien Gedruckten und Gesendeten zugrunde liegt? Wo ist zum Beispiel das von Jochen Wegner angemahnte Streben nach Wahrheit, wenn im Wirtschaftsteil der *Süddeutschen Zeitung* vom 16. März zu lesen ist, dass „der Steuer- und Abgabensstaat ... immer maßloser [wird]“, obwohl die Einkom-

mensteuersätze, die Steuern auf Zinserträge und die Aufwendungen zur Sozialversicherung im Verhältnis zu den 90er Jahren deutlich zurückgegangen sind? Der Beitragssatz zur Rentenversicherung beispielsweise ist zwei Jahre in Folge gesunken und liegt heute nur minimal höher als in den Jahren vor der Wiedervereinigung. Dennoch ist es inzwischen zu einer so gut wie nicht mehr hinterfragten „Wahrheit“ geworden, dass die Rente immer teurer wird – obwohl sie wesentlich billiger ist als noch vor zehn Jahren. Das lässt sich aus den Statistiken des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Rentenversicherung Bund relativ leicht herauslesen.

Die „Wahrheit“, die in vielen Medien verbreitet wird, ist jedoch eine andere. Diesen und anderen „Erkenntnissen“ über unseren angeblich unbezahlbaren Sozialstaat liegt ebenfalls ein Aktivismus zugrunde, der mit dem Streben nach Erkenntnis und Wahrheit nicht viel zu tun hat. Dieser Aktivismus ist jedoch nicht auf den ersten Blick als ein solcher zu erkennen, da er sich nicht direkt einer Institution, wie im Falle Greenwalds dem Chaos Computer Club, zuordnen lässt. Nicht nur deswegen ist er viel gefährlicher. Denn während Greenwald mit seinen Texten und seinem aktivistischem Einsatz mit offenem Visier für die Erhaltung von Grundrechten kämpft, legen die in vielen Zeitungsredaktionen tätigen Kryptoaktivisten heimlich, still und leise die geistige Grundlage für den Abbau von Grundrechten. Dieser Form von Aktivismus, der seine ideologischen Auftraggeber nicht benennt, sollte viel eher unsere Aufmerksamkeit gelten als einem mutigen Enthüller massenhafter Grundrechtsverletzungen, der hin und wieder über das Ziel hinausschießt und „wir“ statt „ihr“ sagt.

Martin Staiger, Esslingen ■

Anzeige

Ertrag Reich

4,5 %



Premium-Vorsorge
für Medienschaffende



Presse-Versorgung

Europäische Bürgerinitiative für Medienvielfalt

Die Europäische Initiative für Medienpluralismus (EIMP) setzt sich dafür ein, dass die europäischen Institutionen das Recht auf freie, unabhängige und pluralistische Informationen schützen. Sie vereint Organisationen, Medien und Berufsverbände aus ganz Europa mit dem unmittelbaren Ziel, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) voranzutreiben, die die Europä-



THE EUROPEAN INITIATIVE FOR MEDIA PLURALISM

sche Union auffordert, eine Medienpluralismus-Richtlinie zu entwickeln, die einer Eigentumskonzentration im Medien- und Werbemarkt entgegenwirkt. Leitlinien und Best Practices neuer, zukunftsfähiger Verlagsmodelle sollen die Qualität des Journalismus garantieren und diejenigen unterstützen, die in dieser Branche arbeiten. Beteiligt sind sieben Länder. Allein in Deutschland werden fast

75 000 Unterschriften benötigt. Die dju in ver.di unterstützt die EBI und bittet ihre Mitglieder um ihre Unterschrift: <http://tinyurl.com/lg74zrv>

Interview mit dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß in der aktuellen ver.di-Publik. Mehr Infos: www.mediainitiative.eu/de/

Mindestlohn für Zeitungszusteller

Die Pressefreiheit wird durch einen ausnahmslosen gesetzlichen Mindestlohn auch für Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller nicht verletzt. Zu diesem Schluss kommt ein Rechtsgutachten, das Professor Dr. Bodo Pieroth und Dr. Tristan Barczak von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Auftrag der ver.di erstellt haben. „Es gibt also keinen Grund dafür, dass Zeitungsverlage ausgerechnet den Schwächsten in der Herstellungs- und Vertriebskette den Schutz des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns vorenthalten dürften“, sagte der

stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am 7. April in Berlin. „Der Versuch der Verleger, den Zeitungszustellerinnen und Zeitungszustellern nun auch noch den gesetzlichen Mindestlohn zu verwehren, ist ein Ausdruck von Respektlosigkeit. Bereits seit vielen Jahren verweigern sich die Verleger dem Abschluss von Tarifverträgen für diese Beschäftigten.“ ver.di hat dem Zeitungsverlegerverband erneut Verhandlungen für eine bundesweit gültige tarifliche Regelung angeboten. <http://tinyurl.com/pt86pla>

dju unterstützt Petition für ein Presseauskunftsrecht

Die dju in ver.di unterstützt die Online-Petition zur Einführung eines Presseauskunftsrechts auf Bundesebene und ruft die Journalistinnen und Journalisten dazu auf, die Petition zu unterzeichnen. Die SPD-Fraktion hatte kurz vor Ende der vergangenen Legislaturperiode eine solche Initiative in den Bundestag eingebracht, war aber damit gescheitert. Im jetzigen Koalitionsvertrag taucht das Projekt nicht mehr auf. „Wir brauchen endlich klare Verhältnisse für Journalistinnen und Journalisten, die bei Behörden auf Bundesebene recherchieren“, fordert der dju-Bundesvorsitzende Ulrich Janßen. Deshalb gehört die dju in ver.di zu den Erstunterzeichnern der Petition, die ein Bonner Journalist eingebracht hat. Die Petition braucht bis zum 5. Mai mindestens 50.000 Unterschriften, um im Petitionsausschuss des Bundestages behandelt zu werden. Online-Petition zum Presseauskunftsrecht:

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2013/_12/_16/Petition_47936.nc.html

Für Medienfreiheit und freien Rundfunk in Europa

„Angriffe der Regierungen und der Troika auf die Rundfunkfreiheit in Griechenland, Ungarn und Italien“ ist das Thema der ver.di Diskussionsreihe sichtweisen am 28. April 2014 von 18 bis 20 Uhr in der ver.di Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin (Raum: Aida). Die Bedrohungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Beschäftigten sind größer geworden. Sowohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise als auch die Politik der regierenden Parteien haben in einigen europäischen Ländern die Bedingungen für einen funktionierenden demokratischen unabhängigen Rundfunk dramatisch verschlechtert. Die Auseinandersetzungen um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Griechenland, die weiterhin kritische Situation in Ungarn, Spanien und Italien, aber auch die fortgesetzten Angriffe auf die finanziellen Ressourcen und Arbeitsbedingungen bei der BBC sind hierfür Beispiele. Kolleginnen und Kollegen aus den genannten Ländern werden hierzu informieren und mit uns diskutieren. Anmeldung erbeten unter: sichtweisen@verdi.de

Schülerförderpreis für „iWahn 2.0“

Die dju Berlin-Brandenburg hat im Landesschülerzeitungswettbewerb Brandenburg auch dieses Jahr wieder in der Jury mitgearbeitet und einen Förderpreis für den interessantesten „Newcomer“ gestiftet: Gewonnen hat die Schülerzeitung „iWahn 2.0“ des Louise-Henriette-Gymnasiums in Oranienburg. Der Preis ist ein Tagesworkshop rund um den Journalismus im ver.di-Haus Berlin.

Mindestlohn

auch für **Zeitungszusteller/-innen**

8,50 Euro

ver.di

Verfassungswidrig

Richter rügen politische Ränkespiele im ZDF und zwingen zu Veränderung

Von Stephan Kolbe | Der ZDF-Staatsvertrag ist verfassungswidrig, der staatliche Einfluss auf den Sender zu hoch. Mit deutlichen Worten hat das Bundesverfassungsgericht die politischen Ränkespiele in den ZDF-Gremien kritisiert und einen neuen Meilenstein in seiner Rundfunk-Rechtsprechung gesetzt. Dennoch bleibt einiges vage, ein weitergehendes Urteil wäre wünschenswert gewesen.

Schauen wir kurz zurück in das Jahr 2009. Damals stand eine eher routinemäßige Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates an: die Vertragsverlängerung von Chefredakteur Nikolaus Brender. So hatte es der damalige Intendant des Senders, Markus Schächter, dem Aufsichtsgremium vorgeschlagen. Doch dann passierte, was der damalige hessische Ministerpräsident und das Verwaltungsratsmitglied Roland Koch bereits in der Öffentlichkeit angekündigt hatte: Brender konnte nicht bleiben. Im November 2009 votierte die CDU-nahe Mehrheit des Verwaltungsrates gegen den amtierenden Chefredakteur.

Brender, Schächter, Koch – keiner ist noch in seinem Amt. Dennoch hat das Machtspiel massiv nachgewirkt. Die Debatte über die offensichtlich politisch motivierte Absetzung eines Chefredakteurs einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt förderte zu Tage, welche Einflüsse im ZDF herrschen und, dass das allseits gepredigte Gebot der Staatsferne längst ad absurdum geführt war. Auch ver.di kritisierte die Vorgänge im Sender damals massiv und als nicht vereinbar mit der Rundfunkfreiheit. Doch trotz breiter Kritik in Öffentlichkeit und Politik fand sich im Bundestag kein Viertel der Abgeordneten zusammen, das für die Einreichung einer Normenkontrollklage notwendig ist. Dies scheiterte vor allem an der SPD-Fraktion, die sich Grünen und Linken nicht anschließen wollte. Nach einigem Ringen aber waren es letztlich die SPD-geführten Länder Rheinland-Pfalz und Hamburg, die im Januar 2011 Antrag auf Normenkontrolle in Karlsruhe stellten.

Neue Grenzen gezogen. Was lange währt, kann also gut werden. Ende März erklärte das Bundesverfassungsgericht die Normenkontrollanträge als überwiegend erfolgreich und formulierte in eindringlichem Richterdeutsch: „Die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss dem Gebot der Staatsferne genügen. (...) Danach hat der Staat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwar zu organisieren und dessen Auftrag durch eigene Anstalten zu erfüllen, muss dabei aber Sorge tragen, dass die Gestaltung des Programms und dessen konkrete Inhalte nicht in die allgemeine staatliche Aufgabenwahrnehmung eingebunden werden.“ Kurzum: ein staatlich beauftragter öffentlich-rechtlicher Rundfunk ja, staatliche Einflussnahme nein.

Dabei wird das Gericht auch konkret: Künftig muss in den Aufsichtsgremien des ZDF der Anteil der staatlichen oder staatsnahen Mitglieder auf ein Drittel

der Mitglieder beschränkt sein. Derzeit stellen im Fernsehrat die Vertreter der Länder, des Bundes, der Kommunen und von politischen Parteien allein 44 Prozent und damit nahezu die Hälfte der Mitglieder. Bei wichtigen Entscheidungen verfügen diese zudem über eine Sperrminorität. Im Verwaltungsrat sieht es nicht viel anders aus. Die Konsequenz der Richter: Der staatliche Einfluss ist zu hoch, die Regelungen des Staatsvertrages sind daher verfassungswidrig.

Konsequenterer Vorgaben verfehlt. Warum Karlsruhe jedoch den Politikereinfluss als Gefahr erkennt und ihn „deckelt“, zugleich aber weiterhin Vertreter von Landesregierungen und Bundesregierung in den Gremien billigt, erschließt sich nicht. So können also auch künftig Ministerpräsidenten oder Kabinettsmitglieder der Bundesregierung das ZDF beaufsichtigen. Eine neue „Causa Brender“ ist zugegebenermaßen unwahrscheinlicher geworden. Dennoch hätte das Urteil mit dem expliziten Ausschluss von Vertretern der Exekutive, wie auch ver.di es gefordert hatte, an Klarheit und Stringenz gewinnen können. Ähnlich formuliert es auch Verfassungsrichter Andreas Paulus in seinem Sondervotum: „Das Urteil setzt seinen eigenen Ansatz nur zum Teil um.“ Dabei habe sich längst gezeigt, dass sich die Gremien und damit die Anstalten der Politik anpassen, nicht die Politik den Aufgaben der Gremien. Vor allem für den Verwaltungsrat „führen die vagen Vorgaben des Urteils für die Pluralität der Staatsvertreter kaum eine wirksame Vielfaltsicherung herbei“.

Auch bei der Benennung der Fernsehratsmitglieder hätte das Gericht ein stärkeres Signal senden können. Bisher haben die entsendenden Institutionen lediglich ein Vorschlagsrecht für ihre Vertreter, die Berufung obliegt den Ministerpräsidenten. Nach Ansicht des Gerichts sollen diese künftig „keinen bestimmenden Einfluss“ mehr auf die Benennung haben und nur in Ausnahmefällen und bei besonderen rechtlichen Gründen Vertreter zurückweisen können – was auch immer das bedeutet. ver.di hatte hier ein direktes Benennungsrecht gefordert, wie es bei den ARD-Anstalten üblich ist. Das hätte Staatsferne eher garantiert. Vage bleiben die Verfassungsrichter auch bei der Frage der Gremienbesetzung und der Vielfalt der vertretenen gesellschaftlich relevanten Gruppen. Sie befürchten eine „Dominanz von Mehrheitsperspektiven“ und eine „Versteinerung der Zusammensetzung“ und fordern deshalb, dass leisere Stimmen mehr Gehör finden. Untereinander wechselnd müssten auch kleinere Gruppierungen abgebildet werden. Wie dies umzusetzen ist, lassen sie offen.

Doch trotz aller Einwände im Detail kann der Richterspruch als weiterer Meilenstein verstanden werden, der über das ZDF hinaus ausstrahlen und auch bei so mancher ARD-Anstalt zu einer Neuordnung führen könnte. Zunächst aber sind die Länder aufgefordert, einen ZDF-Staatsvertrag zu beschließen, der es mit der Staatsferne ernst meint. Bis 30. Juni 2015 haben sie Zeit dazu. ■



Foto: privat

Stephan Kolbe

Stephan Kolbe ist Koordinator für Medienpolitik bei ver.di sowie freier Redakteur.

Kritischer Journalismus hat viele Feinde: Regierungen, Geheimdienste, wirtschaftlicher Druck. Ginge es nur nach der Rangliste der Pressefreiheit, die „Reporter ohne Grenzen“ jährlich herausgibt, müsste man sich hierzulande wenig Sorgen machen. Doch der 14. Platz Deutschlands im aktuellen Ranking kann nicht darüber hinweg täuschen, das es auch hierzulande Entwicklungen gibt, die das Bild einer demokratischen und transparenten Informationsgesellschaft trüben. Gewalt gegen Journalisten sowie eine mitunter maßlose Unterdrückung der Pressefreiheit prägen dagegen den Medienalltag in vielen anderen Ländern.

Von Günter Herkel

Schattenseiten hierzulande



Die Vielfalt der Presse nimmt auch in Deutschland weiter ab. Die Zahl der so genannten publizistischen Einheiten, das sind Zeitungen mit eigener Vollredaktion, schrumpft. Inzwischen trifft die Krise nicht mehr nur kleine Provinzblätter, sondern auch einige der Branchengrößen. Erinnerung sei an das Aus für die *Financial Times Deutschland* Ende 2012, an den Konkurs der *Frankfurter Rundschau*, die mit eingedampfter Redaktion ihre bundespolitische Bedeutung eingebüßt hat. Ganz zu schweigen vom Schicksal der *Westfälischen Rundschau*, die als „Zombie-Zeitung“ ohne eigene Redaktion nur noch ein Schattendasein fristet. Erst kürzlich musste mit der *Münchener Abendzeitung* auch ein Boulevardblatt Insolvenz anmelden. In der Provinz nimmt die Zahl der Einzeitungskreise zu. Gebietsmonopole regionaler Zeitungen prägen das Bild in den meisten Regionen Deutschlands. In über zwei Drittel der deutschen Landkreise gibt es nur noch eine einzige Regionalzeitung. In anderen Regio-

nen erscheinen mehrere Regionalzeitungen unter einem gemeinsamen Dach, so dass ein unternehmerisches Monopol entsteht, so z. B. in Bremen (*Weser-Kurier*, *Bremer Nachrichten*), in Stuttgart (*Stuttgarter Zeitung*, *Stuttgarter Nachrichten*) und im Ruhrgebiet (Funke-Gruppe). Ein echter Wettbewerb zwischen konkurrierenden Anbietern besteht nur noch in einigen größeren Städten (z. B. Berlin, München) und in wenigen Regionen. Wenn das höchstrichterliche Diktum zutrifft, dass freie Medien für die Demokratie konstituierend sind, ist Wachsamkeit geboten. Insofern ist zwar zu begrüßen, dass die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag „das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften als Kulturgut in der Gesellschaft verankern“ und „die Angebotsvielfalt in diesem Bereich, insbesondere auch auf regionaler Ebene, erhalten“ will. Eine weitere Lockerung des Kartellrechts wäre diesem Ziel jedoch nicht gerade zuträglich.

Karikatur: harm / toonpool

Zudem sieht es die dju als unerlässlich an, auch auf europäischer Ebene aktiv zu werden. Deshalb engagiert sich die dju als Partner für die „Europäische Bürgerinitiative für Medienpluralismus“. Es gelte, konkrete Maßnahmen und europäische Mindeststandards zum Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit sowie des Medienpluralismus zu schaffen. Um zu erreichen, dass sich die EU-Kommission dieser Aufgabe annimmt, muss die Initiative eine Million Unterschriften aus sieben EU-Ländern sammeln. Allein in Deutschland sind mindestens 74.250 Unterschriften notwendig. www.mediainitiative.eu/de/

Redaktionsdatenschutz zu wenig gesichert

Der Quellenschutz ist ein unverzichtbares Prinzip der freien Presse. Umso bedrohlicher erscheint der zunehmende Eifer der Strafverfolgungsbehörden, Jagd auf



Foto: REUTERS / Yannis Behrakis

Ein Polizist attackiert die griechische Fotojournalistin Tatiana Bolari während einer Demonstration in Athen auf dem Syntagma Platz (Platz der Verfassung) am 5. Oktober 2011. Bei den Polizeigriffen wurden mindestens zwei Medienmitarbeiter verletzt. Griechenland nimmt im Ranking Pressefreiheit 2014 von „Reporter ohne Grenzen“ Platz 99 ein (siehe auch M 1/2012; 5/2013).

Informanten zu machen, sobald aus Behörden oder staatlichen Institutionen brisante Informationen durchsickern. „Man versucht, Journalisten zu kriminalisieren mit dem Vorwurf, sie hätten zum Geheimnisverrat angestiftet“, erklärte unlängst in der ZDF-Sendung „Frontal 21“ Oliver Schröm, Vorsitzender von Netzwerk Recherche und Leiter von „stern Investigativ“. Ein Vorwurf, der kritische Berichterstattung eindämmen und Journalisten einschüchtern soll, denn ein solches Delikt kann mit Gefängnis geahndet werden. Mehr noch: „Allein der Hinweis, dass gegen einen Journalisten ermittelt wird, stigmatisiert ihn gegenüber seinen Quellen“, konstatiert Schröm. Wer Angst haben muss, dass er auffliegt, dürfte künftig nicht mehr sehr auskunftsfreudig sein. Nicht nur potentielle Whistleblower werden auf diese Weise kaltgestellt, auch Journalisten würden vor diesem Hintergrund ihr investigatives Material zurückhalten, um nicht selbst ins Visier der Strafverfolger zu geraten. Bereits anlässlich des vor zwei Jahren verabschiedeten „Gesetzes zur Stärkung der Pressefreiheit“ kommentierte der Vorsitzende der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di, Ulrich Janßen: „Der hochtrabende Titel solle wohl darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung sich auch nach jahrelangem Ringen nicht zu einem umfassenden Schutz journalistischer Arbeit durchringen konnte.“ Abgeschmettert wurde damals die Forderung von Grünen und SPD, Journalisten als Träger von Berufsgeheimnissen anzuerkennen, ihnen somit denselben Schutzanspruch zuzugestehen wie etwa Abgeordneten und Rechtsanwälten. Im aktuellen Koalitionsvertrag ist trotz Regierungsbeteiligung der SPD von dieser Forderung nichts mehr zu sehen. Nebenbei: Auch dass der bisherige untadelige Bundesbeauftragte für den Datenschutz Peter Schaar durch die bislang nicht als sonderlich problembewusst auf diesem Gebiet bekannte Andrea Voßhoff ersetzt wurde, ist kein gutes Zeichen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund unterstützt die dju in ver.di die europäische Petition zur Sicherung des Redaktionsdatenschutzes in der Europäischen Union. Sie fordert die Bundesregierung auf, im EU-Ministerrat dafür zu sorgen, dass der Schutz der journalistisch-redaktionellen Tätigkeit in der neuen EU-Datenschutzverordnung gesichert wird. www.change.org/petitions/art80

Journalisten überwacht

Jede Form von staatlicher Überwachung höhlt die Pressefreiheit aus. Dazu muss man hierzulande nicht erst den NSA-Skandal bemühen. Aber mit den Enthüllungen über Aktivitäten in- und ausländischer Geheimdienste in Deutschland wurde spätestens 2013 klar, welchen Gefahren die Vertraulichkeit journalistischer Recherchen ausgesetzt ist.

Im September wurde bekannt, dass der niedersächsische Verfassungsschutz rechtswidrig zwischen 2006 und 2012 fast ein Dutzend Journalisten und Publizisten bespitzelt hat, ohne dass es einen Extremismus-Verdacht oder sonst einen dazu berechtigenden Grund gegeben hätte. Betroffen waren unter anderem einige Rechtsextremismus-Experten, die zuvor kritisch über fragwürdige Verfassungsschutzpraktiken berichtet hatten. Das legt den Verdacht nahe, Ziel der Überwachung sei es gewesen, diese Experten zu diskreditieren oder die Quellen der Journalisten auszuspähen.

Fast zeitgleich deckte der *Spiegel* auf, dass die CIA beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mehrfach Informationen über den deutschen Journalisten und Islamismus-Experten Stefan Buchen (NDR, *Süddeutsche Zeitung*) angefragt habe. Zwar gab der BfV an, diese Auskunftersuchen abgelehnt zu haben. Aber derartige Vorgänge machen deutlich, dass der Respekt vor dem Schutz journalistischer Quellen im Geheimdienstmilieu nicht gerade ausgeprägt ist.

Vorratsdatenspeicherung widerspricht EU-Grundrechtecharta

Aufgrund des Widerstands der früheren liberalen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger lagen die Pläne der Bundesregierung für die Einführung der Vorratsdatenspeicherung jahrelang auf Eis. Kaum war die Große Koalition perfekt, vereinbarte sie, die umstrittene EU-Richtlinie zügig umzusetzen. Doch im Dezember 2013 legte der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof ein Gutachten vor, in dem er empfiehlt, die bereits 2006 erlassene EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung grundlegend zu überarbeiten. Begründung: Sie widerspreche in wesentlichen Punkten der EU-Grundrechtecharta. Dem folgte der EuGH am 7. April (siehe auch S.2). Schon das Plädoyer des Generalanwalts hatte für ein Umdenken im Justizministerium gesorgt. SPD-Minister Heiko Maas hatte entschieden, bis zum Urteil des EuGH keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Auch die dju kritisiert die generelle Speicherung von Verbindungsdaten seit Jahren als Gefahr für den Informantenschutz. Sie sei daher abschreckend für potentielle Hinweisgeber, die Journalisten beim Aufdecken von Missständen unterstützen wollen. Reporter ohne Grenzen und andere Bürger- und Menschenrechtsorganisationen plädieren seit langem dafür, die Vorratsdatenspeicherung durch ein „System zur schnellen Sicherstellung und gezielten Aufzeichnung von Verkehrsdaten“ ausschließlich in konkreten Verdachtsfällen zu ersetzen.

Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene gefordert

Die in der Frühphase der Bundesrepublik beschlossenen Landespressegesetze sind für Journalisten nützliche Werkzeuge. Sie stärken ihre Position gegenüber den staatlichen Instanzen der einzelnen Bundesländer. Regierung und Behörden sind auf journalistische Anfragen zur Auskunft verpflichtet. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Februar 2013, nach dem die Pressegesetze der Länder auf Bundesbehörden nicht anwendbar seien, wurde dieses Auskunftsrecht drastisch eingeschränkt. Anlass war seinerzeit die Anfrage eines Bild-Reporters an den Bundesnachrichtendienst zur Nazivergangenheit seiner Mitarbeiter. Das Gericht wies die Klage ab, wollte aber Journalisten nicht völlig rechtlos lassen. Bei Anfragen an Bundesbehörden könnten die Medien sich ja direkt auf das verfassungsmäßige Recht der Pressefreiheit berufen. Um in der späteren schriftlichen Urteilsbegründung dieses Recht gleich wieder einzuschränken: Das Grundgesetz garantiere nur einen „Minimalstandard“. Die damals noch oppositionelle SPD legte daraufhin den Entwurf für ein Bundespresseauskunftsgesetz vor. Ein lobenswertes Unterfangen, dass aber an der herrschenden Rechtsauffassung scheiterte: Der Bund dürfe keine Gesetze zum Presserecht machen, dafür seien die Länder zuständig. Ein circulus viciosus: Faktisch bekamen Bundesbehörden damit einen Freibrief, unbequeme Anfragen von Journalisten abzuschmettern. Im Koalitionsvertrag taucht das Projekt gar nicht mehr auf. Erschwerend kommt hinzu: Anfragen auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes werden von Behörden häufig nur schleppend oder gegen hohe Gebühren beantwortet. Damit blei-

ben einstweilen „die Rechte der Presse eingeschränkt, Transparenz über staatliches Handeln herzustellen“, kritisiert dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß.

Zu einem überfälligen Schritt hat sich das schwarzrote Regierungsbündnis immerhin durchgerungen. Laut Koalitionsvertrag will die Regierung „eine Initiative der Länder zur Wiedereinführung des amtlichen Presseausweises“ unterstützen. Ab 2009 hatte die Innenministerkonferenz durch die Verweigerung der Unterschrift ihres Vorsitzenden den Ausweis als Dokument faktisch entwertet. In der Folge gab es eine Flut von unseriösen „Presseausweisen“. Zurzeit setzen vor allem Neonazis Presseausweise ein, um Journalisten und ihre Quellen zu diffamieren und ihre Arbeit zu gefährden. Ein „unerträglicher Missbrauch der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit“, urteilt dju-Bundesgeschäftsführerin Haß. Die Ankündigung der Bundesregierung, diesen fatalen Schritt wieder rückgängig zu machen, sei daher zu begrüßen. Aber: „Den Worten müssten nun auch Taten folgen.“ ■



Foto: picture alliance / AP Photo

Anja Niedringhaus

Die renommierte deutsche Kriegsphotografin und Pulitzer Preisträgerin Anja Niedringhaus (rechts im Bild) ist in Ostafghanistan von einem Polizisten erschossen worden. Ihre Kollegin, die kanadische Journalistin Kathy Gannon (li.) wurde bei dem Anschlag schwer verletzt. Beide arbeiteten für die US-Nachrichtenagentur Associated Press. Gannons Zustand sei stabil, berichtete AP. Ein anwesender freier Mitarbeiter von AP Television habe mitgeteilt, beide hätten in einem Wagen in einem Wahlkonvoi gesessen, als ein Polizist mit den Worten „Allahu Akbar“ („Gott ist groß“) das Feuer auf sie eröffnet habe. Der von afghanischer Armee und Polizei gesicherte Konvoi lieferte laut AP Wahlzettel an Wahllokale aus. Der mutmaßliche Täter wurde festgenommen. „Anja und Kathy haben jahrelang gemeinsam aus Afghanistan über den Konflikt und die Menschen berichtet“, sagte AP-Chefredakteurin Kathleen Carroll in New York. Niedringhaus sei eine leidenschaftliche und dynamische Journalistin gewesen, beliebt wegen ihrer einfühlsamen Bilder, ihres warmen Herzens und ihrer Lebensfreude. „Wir sind untröstlich über den Verlust.“ ■

Verlust

Feind des Internets

In Vietnam hat der Staat alle Medien fest im Griff



Foto: AFP / Vietnam News Agency

In kaum einem Land sind Presse- und Meinungsfreiheit so sehr eingeschränkt wie in Vietnam. Auf der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ nimmt Vietnam Platz 174 ein, von 180 Staaten. Rund drei Dutzend Blogger befinden sich derzeit in Haft, weil sie die Regierung kritisiert haben. Die Medien sind fest in der Hand des Staates, geführt durch die Kommunistische Volkspartei.

Richter Ngo Tu Hoc machte bei der Urteilsverkündung am 19. März vor dem Volksgericht in Hanoi deutlich, wie schwer aus seiner Sicht die Verfehlungen waren, derer sich Pham Viet Dao (Foto) schuldig gemacht hat. Der 62-Jährige, der Mitglied der Schriftstellervereinigung Vietnams ist, habe „die demokratischen Freiheiten missbraucht, um die Interessen des Staates zu verletzen“. Die „Handlungen des Angeklagten“, verlas der Richter, seien „gefährlich für die Gesellschaft.“ Sie versetzten „die Öffentlichkeit in Angst“ und verringerten das „Vertrauen der Menschen in die Führung der Partei und des Staates.“

Daos Verbrechen: Er hatte in seinem Blog die Regierung kritisiert und über heikle Themen geschrieben, etwa den andauernden Territorialkonflikt zwischen Vietnam und China. Das Urteil: 15 Monate Haft. Wenige Tage zuvor hat ein anderes Gericht Truong Duy Nhat, einen weiteren prominenten Blogger, zu zwei Jahren Haft verurteilt. Die jüngsten Urteile sind keine Ausnahme. Rund drei Dutzend Blogger befinden sich in Vietnam derzeit in Haft, weil sie den Staat kritisiert haben.

Die Medien sind in Vietnam staatlich organisiert. Die Kommunistische Volkspartei (KPV) und staatliche Behörden sind die Herausgeber aller offiziellen Medien. Private Medien gibt es nicht. Das Ministerium für Kultur und Information kontrolliert die Presse und den Rundfunk. Journalisten und Presseorganen drohen schwere Sanktionen, wenn sie sensible Themen ansprechen oder die Regierung kritisieren. Einige Publikationen und Onlinemedien berichten dennoch hin und wieder über Korruption. Das Fernsehen ist das dominante Medium des Landes, wobei in ländlichen Gebieten auch sehr viel Radio gehört wird. Da-

neben gibt es Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften. Die KPV selbst unterhält in allen 61 Provinzen eine Zeitung. Die auflagenstärksten Tageszeitungen auf zentraler Ebene sind das offizielle Parteiblatt *Nhan Dan* und das Blatt der vietnamesischen Volksarmee *Quan Doi Nhan Dan*. 2012 hatte das Land 31 Millionen Internetnutzer. Webseiten mit kritischen Inhalten werden jedoch geblockt. Die Internetanbieter des Landes blockieren auch häufig den Zugang zu Facebook.

In den vergangenen Jahren hat sich in Vietnam eine zunehmend vielfältige Bloggerszene entwickelt. Die Hoffnung, dass sich dadurch auch die Meinungsfreiheit verbessert, hat sich jedoch nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Seit etwa zwei Jahren geht der Staat immer härter gegen Kritiker vor.

Organisationen wie Human Rights Watch (HRW) kritisieren das Vorgehen der Behörden daher regelmäßig. Kurz vor dem Urteil gegen Pham Viet Dao rief HRW Vietnam dazu auf, die Anklage gegen den Blogger fallen zu lassen. Die vietnamesischen Behörden stellten sich „ein Armutszeugnis aus“, indem sie „ein weiteres politisches Verfahren gegen einen friedlichen Kritiker inszenieren“, erklärte HRW-Asiendirektor Brad Adams. Daos einziges „Verbrechen“ bestehe lediglich darin, dass er „das Internet dazu genutzt hat, Meinungen zu äußern, die viele Vietnamesen teilen“, fügte er hinzu.

Seit dem vergangenen Jahr ist ein Gesetz in Kraft, das es Vietnams Bürgern verbietet, im Internet das Tagesgeschehen zu diskutieren. Das Gesetz, das den orwellianisch klingenden Namen „Verordnung 72“ trägt, verbietet es, Nachrichtenartikel auf Blogs und über soziale Medien zu teilen. Nur persönliche Informationen dürfen dort ausgetauscht werden. Die Verbreitung von Informationen, die sich „gegen Vietnam richten“, die „nationale Sicherheit“ gefährden, oder die „Sozialordnung und nationale Einheit“ gefährden, ist ausdrücklich verboten. Internetfirmen aus dem Ausland sind dazu gezwungen, lokale Server in Vietnam zu betreiben, damit die Behörden jederzeit auf Nutzerdaten zugreifen können. Nicht ohne Grund zählt „Reporter ohne Grenzen“ Vietnam zu den „Feinden des Internets.“

Welle der Kritik. Die regierende Kommunistische Partei reagiert mit den zunehmenden Repressionen auf eine noch nie da gewesene Welle der Kritik, die ihr aus allen Teilen der Gesellschaft entgegenschlägt. Viele Vietnamesen sind über die wirtschaftliche und politische Lage des Landes offenbar desillusioniert. Vietnam galt noch vor wenigen Jahren als asiatischer Tigerstaat, die Wirtschaft verzeichnete Rekord-Wachstumsraten. Doch die strukturellen Probleme haben das Land seitdem mit Wucht eingeholt. Das Wirtschaftswachstum hat sich drastisch verlangsamt, auf zuletzt etwa nur fünf Prozent. Das verschärft die persönliche Notlage vieler Menschen, die hochverschuldet auf Immobilien sitzen, deren Wert stagniert oder sinkt. Hinzu kommen Streitigkeiten über Landnahmen durch als korrupt empfundene Beamte. Sie machen den Großteil der offiziellen Beschwerden aus, die Vietnams Bürgerinnen und Bürger an den Staat richten. Mit ihrer verschärften Repressionspolitik scheint Vietnams Regierung verhindern zu wollen, dass sich in ihrem Land ein ähnlicher Aufstand wie etwa in Tunesien und Ägypten wiederholt.

Sascha Zastiral, Bangkok ■

Hetze gegen Journalisten

In Ägypten hat die Pressefreiheit einen Tiefpunkt erreicht

Inszeniert wurde ihre Festnahme in der Suite des Marriott Hotels in Kairoer Stadtteil Zamalek wie ein Schurkenstück. Unterlegt mit martialischer Filmmusik aus „Thor – the Dark Kingdom“ zoomte die Kamera mal auf die Laptops, mal auf die TV-Kamera auf dem Tisch, dann wieder auf die Gesichter der Verhafteten, Al Jazeera-Korrespondent Peter Greste und seinen ägyptisch-kanadischen Büroleiter Mohammed Fahmy. Triumphierend präsentierte der Moderator von „Tahrir-TV“ Tage später den 22-minütigen Festnahme-Clip vom 29. Dezember, rieb sich vor laufender Studio-kamera grinsend die Hände.

Seit Februar nun läuft vor einem Kairoer Strafgericht der Al-Jazeera-Schauprozess gegen die so genannte „Marriott-Zelle“ und ihre angeblichen Helfershelfer. Den 16 ägyptischen Medienleuten wird „Mitgliedschaft in einer Terrorgruppe“ vorgeworfen, den vier Ausländern, von denen drei außer Landes sind, „Unterstützung und Finanzierung einer Terrorgruppe“, „Verbreiten falscher Nachrichten“ sowie „Störung der nationalen Sicherheit“. Die Beschuldigten hätten Videobilder manipuliert, um „den Eindruck zu erwecken, dass im Land ein Bürgerkrieg herrscht“, heißt es in der Anklageschrift.

Weit mehr als hundert Tage sind die Verhafteten nun schon hinter Gittern, ohne dass die Anklage bisher in der Lage wäre, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Und so entpuppt sich der Prozess mit jedem weiteren Verhandlungstag mehr zu einer kafkaesken Farce, der dem internationalen Ansehen Ägyptens weltweit schadet. Vier Mal wurde der Prozess vertagt, weil der angebliche Hauptbelastungszeuge, der ermittelnde Polizeikommissar, nicht aufzufinden war. Am fünften Verhandlungstag wurden dann endlich Beweisvideos vorgeführt. Sie zeigten neben einigen Aufnahmen ägyptischer Pferde und einer Reportage aus Somalia vor allem ein Interview des australischen Angeklagten Greste mit einem Regierungsvertreter Kenias über das Massaker in der „Westgate-Mall“ von Nairobi. Peter Greste ist der Nairobi-Korrespondent von Al Jazeera, der lediglich zur Weihnachtvertretung in Kairo war, als er verhaftet wurde.

Das selbst für die bescheidenen ägyptischen Justizstandards bodenlos inkompetente Verfahren hat weltweit Empörung und Proteste ausgelöst, weit über den Kreis von Presseorganisationen hinaus, zumal sich das Gericht nach wie vor weigert, den Angeklagten gegen Kaution Haftverschonung zu gewähren. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen zeigte sich „extrem besorgt über die zunehmend harsche Unterdrückung der Medien und die körperlichen Angriffe auf Journalisten in Ägypten“. Journalisten würden misshandelt oder gefangen gehalten unter Bedingungen, die mit interna-



Foto: AP Photo / Khaled Elifqi

tionalen Menschenrechtsstandards nicht vereinbar seien. Die vagen Vorwürfe gegen die Al-Jazeera-Angeklagten „machen uns große Sorge und verstoßen diametral gegen das Recht auf Meinungsfreiheit“, erklärte UN-Sprecher Rupert Colville. „Die Leute tragen Kameras und keine Waffen.“ Ähnlich äußerte sich das US-Außenministerium und sprach von einer „ungeheuerlichen Missachtung grundlegender Rechte und Freiheiten“. Der Strafprozess verbreite die abschreckende Botschaft, dass in Ägypten nur noch eine politische Sicht der Dinge statthaft sei, die der gegenwärtigen Machthaber, kritisierte Amnesty International und erklärte die Angeklagten zu „Gefangenen aus Gewissensgründen“ und sprach von einem „schweren Rückschlag für die Pressefreiheit“.

Denn der von Ägyptens neuen Machthabern nach dem Sturz von Mohammed Mursi ausgerufene „Kampf gegen den Terror“ nimmt immer totalitäre Züge an. Nachdem die vom Militär installierte Führung im Dezember die gesamte Muslimbruderschaft zu Terroristen erklärte, geht sie jetzt auch immer rabiater gegen Demokratieaktivisten, Journalisten und regierungskritische Akademiker vor. Sämtliche TV-Sender und Zeitungen der Muslimbrüder sind verboten, während sich die regimenehnen staatlichen und privaten Medien mit Verschwörungstheorien, Verwünschungen und Halluzinationen gegenseitig übertrumpfen. So eiferte der frühere Mubarak-Abgeordnete Mostafa Bakry in einer Fernsehshow, US-Präsident Barack Obama „und seine Handlanger“ planten, Abdel Fattah al-Sissi, Ex-Marschall und Präsidentschaftskandidat, zu ermorden. Ägypten werde das nicht zulassen, droht er an die Adresse aller US-Bürger am Nil. „Wir werden in ihre Häuser eindringen und jeden töten, einen nach dem anderen“, ein Mordaufruf, der für Bakry ohne juristische Folgen blieb.

Doch die Saat der permanenten Hetze geht auf. Nach dem Bombenschlag am 24. Januar gegen das Polizeipräsidium in Kairo wurde ein ARD-Kameramann und sein ägyptischer Kollege von einer wütenden Menge beinahe gelyncht, nachdem jemand auf sie gezeigt und „Al Jazeera“ gebrüllt hatte. Nur ein zufällig

Ägyptische Fotojournalisten protestieren am 19. März in Kairo gegen die zunehmenden Übergriffe auf Medienvertreter. „Freiheit für die Kamera, keine Gewalt gegen Fotografen“, steht auf den Plakaten. Ein ägyptischer Journalist war Tage zuvor von Soldaten an einem Checkpoint erschossen worden.



auf einem Motorrad vorbeifahrender Polizist in Zivil konnte die beiden durch Schüsse in die Luft aus den Fängen des Mobs retten. Anfang April wurde eine junge ägyptische Journalistin der liberalen Zeitung *Al Dostour*, die einen Fotoapparat um den Hals trug, bei Krawallen zwischen Polizei und Muslimbrüdern ge-

zielt durch einen Schuss in den Kopf getötet. „Pressefreiheit in Ägypten hat einen Tiefpunkt erreicht“, urteilt Sherif Mansour, Nahost-Koordinator des „Komitees zum Schutz von Journalisten“. Die Lage für die Medien sei heute „schlimmer als unter Mubarak und schlimmer als unter Mursi“. **Martin Gehlen, Kairo ■**

Wortgefechte um die Krim

Informationsblockade ukrainischer Medien und „extreme Zensur“

Nach der russischen Machtübernahme hat sich die Medienlandschaft auf der Krim dramatisch gewandelt. Ukrainische Fernsehsender wurden abgeschaltet, in den Kiosken liegen fast nur noch russische Zeitungen, Journalisten werden bei der Arbeit behindert.

Die neuen Behörden haben kritische Stimmen gezielt ausgeschaltet. Anfang März hatten sie angekündigt: „Wenn die negative Informationskampagne nicht aufhört, sind wir gezwungen, den unwahren und nicht objektiven Informationsfluss zu unterbrechen, um die Bevölkerung von den negativen Auswirkungen zu schützen.“ Diese Ankündigung wurde rigoros umgesetzt. Die Kampagne begann mit dem Lizenzentzug des Senders „Schwarzmeer-TV“ Anfang März. Er war der größte oppositionsnaher Sender der Halbinsel. „Schwarzmeer“-Chefin Ljudmila Schurawlowa erhielt nie eine offizielle Erklärung. Damals erklärte sie: „Jetzt können die Bürger nur noch einen Kanal empfangen, in dem die Informationen ausgestrahlt werden, die ihnen genehm sind, die nun an der Macht sind.“

Doch es kam noch schlimmer. In den Tagen vor dem Referendum am 16. März trat eine Informationsblockade ukrainischer Medien in Kraft. Ukrainische TV- und Radio-Sender sind bis heute analog nicht mehr zu empfangen. Auch die Kabel-TV-Anbieter entfernten die meisten ukrainischen TV-Sender aus dem Programm. Ukrainisches TV und Radio kann ungestört nur noch per Internet empfangen werden – doch laut Informationen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) werden auch hier Seiten gefiltert und teilweise geblockt. Ukrainische Zeitungen und Zeitschriften sind größtenteils aus den Kiosken verschwunden. Stattdessen dominieren nun russische Titel – und die russische Staatszeitung *Rossijskaja Gazeta* wird zeitweise gratis verteilt. Die OSZE-Medienbeauftragte Dunja Mijatovic spricht von „extremer Zensur“.

Russische Sender wie Russia Today oder der Erste Kanal waren maßgeblich beteiligt an der Konstruktion eines angeblichen Bedrohungsszenarios, das eine russische Militäraktion legitimieren sollte. Die TV-Kanäle beschworen eine akute Bedrohung der Krim-Bürger durch Ultranationalisten und bewaffnete Extremisten herauf. Diese hätten in Kiew nach einem verfassungswidrigen Umsturz die Macht ergriffen, so lautete die Erzählung. Die so genannten „Banderowtsi“ – benannt nach dem ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera – würden die Krim einnehmen wollen, gegen sie müssten die Lokalbehörden und Freiwilligen-Mili-

zen nun vorgehen. In dieser Situation schien die Machtergreifung des neuen Krim-Premiers Sergej Aksjonow und die russische Besetzung der Krim nur allzu legitim – und wurde als Akt der Selbstverteidigung dargestellt. Fakt ist, dass die angeblichen „Provokateure“ aus der Westukraine oder Kiew auf der Krim niemals auftauchten. Gefragt nach konkreten Fällen von Bedrohung russischstämmiger Bürger auf der Krim, konnte Aksjonow auf einer Pressekonferenz in Simferopol keinen Fall nennen. Stattdessen beschimpfte er den Journalisten, der die Frage gestellt hatte: „Leben Sie denn in einem Vakuum?“ Die russischen Behörden haben den Krim-Medien nun bis zum Januar 2015 Zeit für eine Neuregistrierung unter russischem Gesetz gegeben. Hierbei könnte manchen Titeln eine erneute Registrierung verweigert werden.

Auch das „Zentrum für journalistische Recherchen“ in der Krim-Hauptstadt Simferopol fürchtet um seine ungehinderte Berichterstattung. In den ersten Märztagen hatten Bewaffnete das Büro der unabhängigen Einrichtung gestürmt und dort eine Pressekonferenz abgehalten. Die Besetzer sind zwar wieder abgezogen, die Journalisten arbeiteten „ganz normal“, so Redakteurin Anna Schajdurowa. Das Zentrum, zu dessen Förderern die amerikanische USAID gehört, war jedoch in den vergangenen Wochen Attacken auf die Webseite ausgesetzt und zu den Behördensitzungen erhielten die Journalisten keinen Zutritt mehr. Nur noch russische und „loyale“ Medien wurden vorgelesen.

Mit der Zuspitzung der Lage auf der Krim ist auch das Misstrauen gegenüber Journalisten gestiegen. An den Straßensperren vom Festland zur Krim wurden Journalisten von prorussischen Milizen an der Einreise gehindert. Schajdurowas Zentrum zählte zwischen 27. Februar und 30. März mehr als 100 Zwischenfälle, darunter Arbeitsbehinderungen, tätliche Übergriffe, Zerstörung von Equipment. 13 Journalisten wurden festgenommen oder für mehrere Stunden entführt. Die OSZE-Medienbeauftragte Mijatovic verurteilt die Entwicklungen: „Jede Beschränkung bedeutet eine wirkliche Gefahr für die Medien- und Meinungsfreiheit.“

Für die Zukunft sind Medienexperten skeptisch. Im Mai tritt eine Neufassung des Paragraphen 280 des russischen Strafgesetzbuches in Kraft. Dann können Äußerungen, die die „territoriale Integrität der Russischen Föderation“ in Frage stellen, mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Wenn Medien dann die Rechtmäßigkeit der Annexion in Frage stellen, dürfte das ernste Folgen haben. **Jutta Sommerbauer, n-ost ■**



März 2014. In der Gegend des regionalen Parlamentsgebäudes in der Krimstadt Simferopol kontrollieren bewaffnete Männer die Papiere von Journalisten.



Foto: REUTERS / David Mazharishvili

Chefredakteure ausgetauscht

Tausende Journalistinnen und Journalisten in Spanien arbeitslos

Spanien belegt auf der Rangliste 2014 der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (ROG) den Platz 35. Das ist eine Verbesserung zum Vorjahr um zwei Plätze. Nur das zeigt nicht, wie frei die Presse in dem Land ist. Die ökonomische Krise brachte über 9.000 Journalisten die Arbeitslosigkeit. Drei Chefredakteure mussten auf politischen Druck gehen.

Betroffen vom Wechsel in der Chefredaktion ist auch die Tageszeitung *El País* (Das Land). Abgelöst wird der Chefredakteur Javier Moreno vom Washington-Korrespondenten der Zeitung, Antonio Caño. Dem neuen Mann werden gute Kontakte zur regierenden konservativen Partido Popular (PP) unter Ministerpräsident Mariano Rajoy nachgesagt. In einem Kommentar zum Wechsel des Chefredakteurs stellt die Tageszeitung *Público*, die aus Geldmangel nur noch online erscheint, fest, dass mit dem Führungswechsel bei *El País* auch ein Rechtsruck verbunden sei. Die Veränderung der Leitung sollte erst im Mai bekannt werden. Eine vertrauliche E-Mail von Antonio Caño an den Prisa-Präsidenten Juan Luis Cebrian hat die Entwicklung beschleunigt. Sie gelangte fälschlicherweise an die Adresse mehrerer Mitarbeiter. In seiner Mail hat Caño sich für die Absetzung der Führungsriege starkgemacht, da sie fern der „gesellschaftlichen Mehrheiten“ lebe. Der Vorgang wird als Annäherung an den Kurs der in absoluter Mehrheit regierenden konservativen Regierung Rajoy interpretiert, was sich bereits in einer veränderten Wirtschaftsberichterstattung spiegelt. Auch konnte Moreno den Aufschwund nicht stoppen. Vor fünf Jahren verkaufte *El País* 435.000 Exemplare, heute sind es noch 290.000. Zudem hängt Spaniens größter Medienkonzern Prisa, dem *El País* gehört, mit drei Milliarden Euro Schulden am Tropf der Banken. Fraglich, inwieweit die Finanzspritze von 650 Millionen US-Dollar, mit der Karstadt-Investor Nicolas Berggruen bei Prisa eingestiegen ist, hier Abhilfe schafft.

Zwei Wochen vor bekanntwerden des Leitungswechsels bei *El País* Anfang März war der langjährige Chefredakteur des Konkurrenzblattes *El Mundo* (Die Welt) Pedro J. Ramírez entlassen worden. Die Zeitung, 1989 gegründet, gehört zur italienischen RCS Media-Group, die 2013 einen Verlust von 176 Millionen Euro eingefahren hat. Bei Ramírez waren es nicht die finanziellen Probleme, sondern der politische Druck, der zu seiner Kündigung führte. Dabei hat Pedro J. Ramírez das konservative Blatt mit gegründet, immer wieder Skandale aufgedeckt, damit linke wie rechte Regierungen in Schwierigkeiten gebracht. Es waren seine Enthüllungen in der Korruptionsaffäre um den königlichen Schwiegersohn Iñaki Urdangarin, die das Image der königlichen Familie ins Wanken brachten.

Zum Fall brachte den Vollblutjournalisten Ramírez die Aufdeckung schwarzer Kassen der konservativen Partido Popular. Seine Interviews mit dem ehemaligen Schatzmeister der PP, Luis Bárcenas, zeigen, wie Gelder mit Hilfe Schweizer Banken verschleiert wurden. Dennoch heißt es auf von Konzernseite, es

Proteste in Madrid gegen die Festnahme von zwei Fotografen und gegen weitere Behinderungen der Pressefreiheit durch die Regierung im Mai 2013. (Medienberichte über Spanien in M 08/2012; 07/2012)



Photo: Rodrigo Garcia / NurPhoto

gäbe keinen politischen Hintergrund zum Wechsel, vielmehr seien es wirtschaftliche Fakten. Beerbt wurde Ramírez von seinem Stellvertreter Casimiro García-Abidillo. Bei seinem Abschied sagte Ramírez in der Redaktion: „Verflucht sei der Tag, an dem ich mit Bárcenas sprach.“

Noch vor Ramírez musste im Dezember 2013 der Chefredakteur der katalanischen Zeitung *La Vanguardia* (Die Vorhut) in Barcelona, José Antich, den Schreibtisch räumen. Offenbar wurde ihm sein Engagement für die Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens zum Verhängnis. Sein Nachfolger wird Marius Carol, der schon einige Jahre in führender Position bei *La Vanguardia* arbeitet.

Karl-H. Walloch ■

Nicht vergessen

Der afroamerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal verbringt seinen 60. Geburtstag am 24. April im Gefängnis. Seit 32 Jahren ist er in Haft, 30 Jahre davon im Todestrakt. Was genau am späten Abend des 9. Dezember 1981 in Philadelphia geschah, als der Polizist Daniel Faulkner bei einer Schießerei ums Leben kam, ist bis heute nicht geklärt.

Widersprüchliche und widerrufenen, aus Angst vor der Polizei zustande gekommene Zeugenaussagen, keine Berücksichtigung der zahlreichen Hinweise, die Mumia entlasteten und auf einen anderen Täter hingen, eine fragwürdig zusammengesetzte Jury, und ein Richter namens Sabo, der den Geschworenen vor ihrer Entscheidung versicherte: „Ich werde ihnen dabei helfen, diesen Nigger zu grillen“, führten zur Verurteilung von Mumia Abu-Jamal. Ausführlicher Bericht in der aktuellen ver.di-Publik Seite 16.

News

Hilfe auf kurzem Weg

„Journalisten helfen Journalisten“ seit mehr als 20 Jahren weltweit

Der SZ-Korrespondent Egon Scotland wurde am 26. Juli 1991 auf einer Recherchereise im damaligen Jugoslawien in der kroatischen Krajina getötet. In Erinnerung an dieses Ereignis, haben seine engen Freunde in München 1993 den Verein „Journalisten helfen Journalisten“ (JhJ) gegründet. Waren es zuerst nur einzelne Korrespondenten, vornehmlich von der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* und dem Bayerischen Rundfunk, die als Überbringer von Hilfsgeldern für Journalisten in Kriegs- und Krisengebieten dienten, ist JhJ heute Teil eines weltweiten „Networks for Journalists in distress“.

JhJ hilft in konkreten Fällen und in sehr direkter Form. So informierte die SZ-Redakteurin einer Lokalausgabe JhJ, dass sie eine armenische Fernsehjournalistin kennen gelernt habe, die bereits seit gut zwei Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber lebt und in der Wäscherei eines Krankenhauses arbeitet. JhJ nimmt Kontakt mit der in Deutschland Asyl suchenden Kollegin auf und beginnt gemeinsam mit einem Anwalt und anderen Hilfspersonen mögliche Unterstützungen zu sondieren. Der konstitutionell eher zarten armenischen Kollegin geht es gesundheitlich sehr schlecht und es gelingt JhJ, dass sie zusammen mit ihrem Mann wenigstens eine ruhigere Wohnalternative findet.

Eine Krankenschwester aus München setzt sich zusammen mit Freunden für syrische Flüchtlinge ein. Einer der derzeit in Jordanien lebenden Flüchtlinge war in Syrien als Journalist tätig und kann sich auch entsprechend ausweisen. Von der Existenz des Vereins JhJ hat sie durch eine Internet-Recherche erfahren. Sie nimmt Kontakt mit dem Verein auf und bittet um Hilfe für den syrischen Journalisten. JhJ erkundigt sich bei „Reporter ohne Grenzen“ über mögliche gemeinsame Hilfen bei der Asylsuche entweder in Frankreich oder in Deutschland. Bis zum Entscheid unterstützt JhJ die in Ammann lebende Familie des Kollegen mit Geldspenden.

Geldspenden vor Ort. Einem mit JhJ in enger Verbindung stehendem Fotojournalisten mit vielen internationalen Kontakten wird ein derzeit in Deutschland lebender tschetschenischer Fotograf vorgestellt. Gemeinsam wird überlegt, wie man dem tschetschenischen Kollegen zu Aufträgen bei Bildagenturen verhelfen kann. Eine in einem NGO-Projekt im Ost-Kongo arbeitende ehemalige SZ-Kollegin unterrichtet den Verein über die Ermordung eines Journalisten in Goma. JhJ wird gebeten, die Familie des erschossenen Kollegen mit Geldspenden zu unterstützen. In Absprache mit der NGO-Kollegin wird eine Spende überwiesen und der Familie weitere Unterstützung zugesagt.

Ein Korrespondent des Bayerischen Fernsehens teilt per Mail mit, dass er in Kürze nach Zimbabwe fliegen wird. In der Liste der Länder, in denen ein frei-

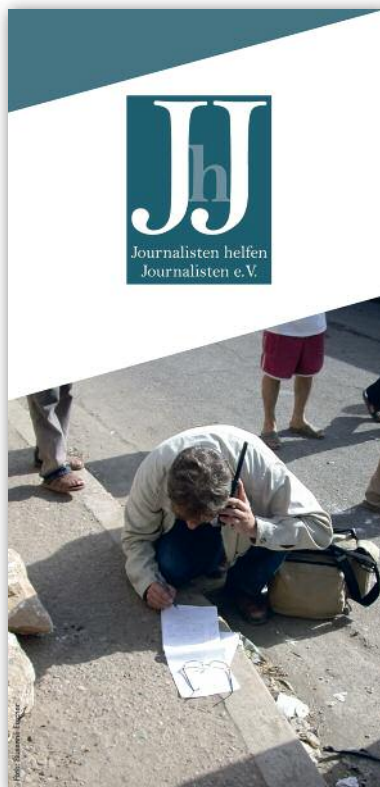
er, unabhängiger Journalismus besonders unterdrückt wird, nimmt Zimbabwe seit langem eine Spitzenposition ein. Viele Journalisten leben deshalb bereits im Exil. Aber nicht jeder kann und will sein Land verlassen. Der Vorschlag: Mit Spenden von außen wenigstens eine symbolische Unterstützung für diese Journalisten zu leisten. Dem BR-Korrespondenten wird eine Kontaktadresse mitgeteilt, die JhJ wiederum von einer deutschen Menschenrechts-Stiftung erhalten hat. JhJ garantiert eine bestimmte Geldsumme, die der BR-Kollege vor Ort und auf direktem Weg weiterleiten kann.

Viele dieser Hilfsaktionen können allein mit dem Jahresbeitrag der JhJ-Mitglieder nicht bewältigt werden. Deshalb bemüht sich der Verein auch um ein gezieltes Fundraising. So haben etwa bei der zeitlich wie finanziell sehr aufwendigen Betreuung eines kurdischen Journalisten, der bei einem Selbstmordanschlag in Erbil (Nord-Irak) ein Bein verloren und in München eine Prothese erhalten hat, verschiedene private Stiftungen mit Spenden geholfen.

Transnationale Solidarität. Vor diesem hier mit einigen Beispielen skizzierten Hintergrund von dramatischen Notsituationen von Journalistinnen und Journalisten in Kriegs- und Krisenregionen hat sich in den letzten Jahren eine Form von transnationaler Solidarität, eine „Civil Globalisation“ herausgebildet: Weltweit arbeiten verschiedene Selbsthilfeorganisationen zum Schutz der Pressefreiheit und der Journalisten eng zusammen. An erster Stelle ist hier das globale Netzwerk „Journalists in Distress“ zu nennen, das vom kanadischen IFEX-Büro (International Freedom of Expression Exchange) koordiniert wird. Zu dem Netzwerk gehören u.a. das amerikanische „Committee to Protect Journalists“, „Reporters Sans Frontieres“, der britische „Rory-Peck-Trust“ (entstanden nach dem gewaltsamen Tod des Kameramannes Rory Peck 1993 in Moskau), „Front Line“ aus Irland, „Article 19“ aus London, der internationale PEN und „Journalisten helfen Journalisten“.

So können zum Beispiel auch die Angaben der Hilfesuchenden rascher überprüft und Spendengelder gebündelt werden, um sie dorthin fließen zu lassen, wo sie gerade dringend gebraucht werden. Die kanadische IFEX-Büro verschickt zwei Mal wöchentlich einen Newsletter, in dem kontinuierlich und mit detaillierter Verlinkung zu den jeweiligen Quellen über Verletzungen der Pressefreiheit und Behinderungen von Journalisten vornehmlich in den weltweiten Kriegs- und Krisengebieten informiert wird. Die genannten Hilfsorganisationen stehen in engem Kontakt mit anderen NGO wie „amnesty international“, „Human Rights Watch“, oder dem deutschen Weltreporter.net, in dem sich freie Korrespondenten zusammengeschlossen haben.

Carl Wilhelm Macke,
Kordinator des jhj-Basislagers ■



www.journalistenhelfen.org

Spenden bitte an das Konto
Stadtparkasse München
Kt.Nr. 1002757274 · BLZ: 701 500 00
BIC: SSKM DE MM
IBAN: DE917015 0000 1002 7572 74

Mit der Wurzel ausreißen

Türkei: Von einem der auszog, die sozialen Medien das Fürchten zu lehren

Die Öffentlichkeits-Strategie des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan heißt Peitsche und Zuckerbrot, und sie ist aufgegangen. Das zeigt der Erfolg seiner islamischen AK-Partei bei den Kommunalwahlen. Weil der Kurznachrichtendienst Twitter immer wieder dazu beigetragen hatte, Korruptionsvorwürfe gegen Erdogan zu verbreiten, ließ er ihn vor der Wahl kurzerhand abschalten.

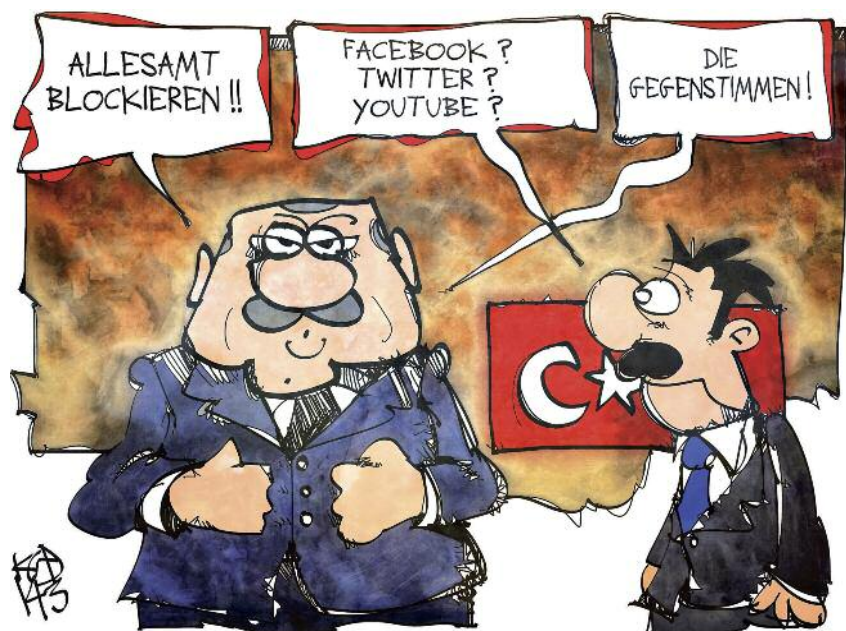
Dass das Verwaltungsgericht in Ankara die Aufhebung der rechtswidrigen Sperre von Twitter verfügte, kümmerte den zunehmend autokratischen Regierungschef nicht. Stattdessen verbot er gleich noch Youtube. Erst dem Verfassungsgericht folgte er widerstrebend. Twitter wurde wieder geöffnet, Youtube blieb zunächst geschlossen. Auf der Videoplattform waren die für ihn belastenden Telefonmitschnitte veröffentlicht worden. „Twitter und solche Sachen werden wir mit der Wurzel ausreißen. Was dazu die internationale Gemeinschaft sagt, interessiert mich überhaupt nicht“, hatte Erdogan getönt. Sein Amt nannte Twitter „parteilich“. Der Dienst mit dem Vögelchen werde systematisch zum Rufmord gegen die Regierung eingesetzt und habe Gerichtsbeschlüsse missachtet.

Erdogans eiserne Faust ist im eigenen Lager umstritten. Staatspräsident Abdullah Gül twitterte einen Tag nach dem Verbot: „Es ist nicht zu billigen, dass soziale Medienplattformen vollständig gesperrt werden“. Das Youtube-Verbot rügte er ebenfalls – über Youtube. International stieß der Rundumschlag des „neuen Sultans“ in Ankara auf Unverständnis. Die EU-Kommissarin Nellie Kroes nannte das Twitter-Verbot „grundlos, zwecklos und feige“. Es werde als Zensur aufgefasst. So klare Worte scheute die stellvertretende deutsche Regierungssprecherin Christiane Wirtz. Zensur sei das nicht, wiegelte sie in Berlin ab. Stattdessen grummelte Wirtz wachsw weich: „Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Meinungsfreiheit, irgendwelche gearteten Kommunikationswege zu verbieten oder auszuschließen.“ Für Renate Schröder von der Europäischen Journalisten-Föderation (EFJ) in Brüssel zeigen die Verbote, „wie absurd die Situation geworden ist“. Mit ihrer „antidemokratischen“ Medienzensur stelle sich die türkische Regierung in eine Reihe mit den „am meisten repressiven Regimen in der Welt“.

Angesichts der Medienkonzentration und der Regierungsnähe der meisten türkischen Zeitungen und Sender spielen Twitter, Facebook und Co. eine besonders wichtige Rolle. Die Türkei steht mit einem Twitter-Nutzeranteil von 4,1 Prozent weltweit auf Platz vier; Deutschland liegt mit 1,3 Prozent auf dem 16. Platz. Gleich nach Erdogans Verboten begann denn auch eine Art Hase-und-Igel-Rennen bei deren Umgehung. Sobald über Proxy-Server und DNS-Nummern weiter gezwitschert wurde, sperrte Ankara diese Schleichwege. Wie wichtig unabhängige Internet-Medien sind, bestätigten Zahlen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks RTÜK: Demnach entfielen 89,52 Prozent der Wahlkampf-Sendezeit in den staatlichen

Medien auf die AKP. Die Oppositionsparteien CHP und MHP kamen auf 4,96 und 5,29 Prozent. Die Kurdenparteien BDP und HDP waren mit 0,22 Prozent fast nicht wahrnehmbar.

Erdogans Nervosität hat einen weiteren Grund: Vor einiger Zeit ist zwischen der AKP und der islamischen Bewegung des Predigers Fetullah Gülen ein langjähriges Bündnis in offene Feindschaft umgeschlagen. Die AKP wittert nun Gülen-Anhänger hinter den Enthüllungen. Dass vor der Wahl einige der über 50 inhaftierten regierungskritischen Publizisten freigelassen wurden, steht nur scheinbar im Widerspruch zur Maulkorb-Praxis.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Zuerst kamen Journalisten und Offiziere aus dem „Ergenekon“-Prozess frei. Ihnen war eine Verschwörung gegen die Regierung vorgeworfen worden, als sich diese noch mit Gülen einig war. Neue Allianzen deuten sich an. Das Vorgehen von Gülen-Anhängern in der Justiz gegen Laizisten und Kemalisten wird korrigiert. Formaler Anlass für die Freilassungen war ein neues Gesetz, nach dem eine Untersuchungshaft nicht länger als fünf (!) Jahre dauern darf.

Kurz vor der Wahl gab es dann ein weiteres Zuckerbrötchen, diesmal für die Kurden: Sechs der im Prozess wegen Mitgliedschaft in der KCK (Gesellschaft der Gemeinschaften Kurdistans) inhaftierten kurdischen Journalisten wurden frei gelassen. Das löste aber keine Wählerwanderung zur AKP im kurdischen Südosten aus. Die pro-kurdische BDP verteidigte die Rathäuser in großen Städten. Der Sprecher des kurdischen Informationsbüros Civika Azad in Frankfurt, Devris Cimen, wies auch darauf hin, dass Chefredakteure und Organisatoren nicht freigelassen wurden. Nach Angaben der türkischen Journalistengewerkschaft TGS sitzen 44 kurdische und linke Kollegen weiter in Haft. **Edgar Auth** ■

Partnerschaften für Verhaftete

Beim jüngsten Prozesstermin in Silivri bei Istanbul Anfang März waren die Angeklagten erst gar nicht erschienen. Die EFJ wird ihre seit vier Jahren laufende Kampagne für die politisch verfolgten Kollegen fortsetzen. Mehrere europäische Journalistenorganisationen haben Partnerschaften für Redakteurinnen wie die zu lebenslanger Haft verurteilte Füsün Erdogan übernommen.

www.ifj.org

Finanzierung von AFP ist rechtmäßig

Die Europäische Kommission hat in einem am 27. März veröffentlichten Beschluss zu einer Beschwerde der ehemaligen deutschen Nachrichtenagentur dapd die Finanzierung der Nachrichtenagentur AFP für rechtmäßig erklärt. Die Beschwerde vom Februar 2010 richtete sich gegen Frankreich wegen staatlicher Beihilfen für AFP. Die Kommission erkenne nun an, dass AFP als Nachrichtenagentur mit weltweiter Ausstrahlung bestimmte Aufgaben im öffentlichen Interesse wahrnehme und gestatte daher die Kompensation der dadurch entstehenden Kosten (auf Nettobasis) mittels staatlicher Subventionierung im Einklang mit den europäischen Wettbewerbsregeln, heißt es in einer Erklärung von AFP. Die Beschwerde betraf auch den deutschen Medienmarkt.

Frankreich habe in dem Beschwerdeverfahren jedoch den Nachweis erbracht, dass die AFP GmbH, die deutsche Tochter der Weltagentur AFP, keine Quersubventionen von Seiten des französischen Staates erhalte, alle Wettbewerbsregeln einhalte und dass die Preise der AFP GmbH marktgerecht seien und den Wettbewerb auf dem deutschen Markt keineswegs verfälschen würden. „Dieser Beschluss ist ein einschneidender Moment für die AFP. Dadurch wird nach vier Jahren der Ungewissheit die für die Ausführung ihrer öffentlichen Aufgaben unerlässliche öffentliche Finanzierung sichergestellt“, freut sich Emmanuel Hoog, CEO der AFP. **PM ■**

Weichenstellungen für das Urheberrecht

Die EU-Kommission plant noch vor dem Sommer die Veröffentlichung eines Weißbuchs zur Reform des Urheberrechts. Darin würden konkrete Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen vorgestellt, heißt es auf Bildkunst.de. Es schließt die vorangegangene Konsultationsphase ab, an der sich auch die verschiedenen Medien- und Kunst-Fachgruppen der ver.di beteiligt haben. Die Kommission erhielt mehr als 10.000 Antworten, die momentan von einer eigenen Arbeitsgruppe ausgewertet werden. Laut Aussage einer Kommissionsbeamtin gegenüber der VG Bild-Kunst stünde die Anpassung der Regeln für die Privatkopie ganz oben auf der Liste der Themen, die aufgegriffen werden sollen. An zweiter Position rangiere eine Regelung zu nutzergenerierten Inhalten.

„Klar zu erkennen ist: Die beiden Spitzenthemen haben Verbraucher im Blick, die zu Recht vom Urheberrecht erwarten, neue Gewohnheiten im digitalen Raum nicht zu behindern.“ Auch die Bundesregierung habe sich in ihrer Antwort auf den Fragebogen der EU zur Reform des Urheberrechts klar für das System der Privatkopie ausgesprochen und sogar gefordert, es in allen EU-Ländern verpflichtend einzuführen. Alle europäischen Endnutzer sollten das Recht auf Privatkopie erhalten und alle Kreativen einen gerechten Ausgleich. Das entspricht der Position der VG Bild-Kunst, die auch ver.di teilt. **■**

Infos: www.bildkunst.de/urheberrecht/urheberrecht-auf-eu-ebene/news-aus-bruessel.html

EUROPA WAHL LOKAL



www.drehscheibe.org

www.drehscheibe.org/weblog

Die Sonderausgabe der drehscheibe zur Europawahl. Mit Ideen und Konzepten europäischer Lokalzeitungen.

* * *

Der drehscheibe-Europa-Blog mit Tipps und Tricks für die lokale Berichterstattung.

drehscheibe

aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen

„Öffentlich-rechtlich? Ja, bitte!“

Ein erstmals sinkender Rundfunkbeitrag und ein Thesenpapier von ver.di

Die Ministerpräsidenten der Länder haben ernst gemacht: 2015 soll der Rundfunkbeitrag erstmals in seiner Geschichte sinken – um monatlich 48 Cent. Zugleich aber verweigern die Länderchefs den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zum wiederholten Mal den Aufbau eines eigenen Jugendkanals. Mehr denn je steht die Frage im Raum, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft aufgestellt sein soll. Zur Beantwortung will auch der ver.di-Bundesvorstand beitragen – mit einem eigenen Thesenpapier: <http://tinyurl.com/pt86pla>



Fünf Zukunftsthesen

In fünf Thesen werden dabei die Themenfelder Finanzierung, Qualität, Arbeitsbedingungen, Verbreitung und Gremienkontrolle beleuchtet – mit konkreten und durchaus auch kontrovers diskutierten Forderungen. Der „Paukenschlag“ befindet sich für viele gleich in **These 1**, die sich der Finanzierung widmet. Darin heißt es, dass Werbung unbestritten Einfluss auf das Programm habe. Die formulierte Konsequenz: „ver.di hält deshalb grundsätzlich ein werbefreies öffentlich-rechtliches Fernsehen für ein wichtiges Ziel.“

Zugleich werden aber die damit verbundenen Schwierigkeiten benannt: freiwerdende Programmflächen müssten gefüllt, wegfallende Werbeeinnahmen finanziell durch den Rundfunkbeitrag kompensiert werden. Das heißt: ver.di wünscht sich zwar mittel- bis langfristig einen Werbeverzicht im TV, allerdings nur, wenn die damit entstehenden Mehrbelastungen ausgeglichen werden.

These 2 rügt die Quote als „schlagendes Argument vieler Programm-macher“. Denn was viele sehen wollen, müsse schon irgendwie gut sein. ver.di fordert deshalb von den Rundfunkanstalten mutigere Formate und vielfältigere Inhalte und gerade in der Unterhaltung eine breitere Themenpalette abseits der „ewig gleichen Gutshausidylle“. Wie man das schafft? Vorgeschlagen werden Testlabore, Kreativitätsfonds oder Experimentierfelder in Dritten Programmen und Spartenkanälen.

In **These 3** beschäftigt sich die Gewerkschaft mit einem ihrer ureigensten Themenfelder: den Arbeitsbedingungen. Hier attestiert sie den Öffentlich-Rechtlichen eine Abwärtsspirale, die „in den letzten Jahren in vielen Fällen zu einem unerträglichen Kosten- und Arbeitsdruck geführt“ habe, „der Qualität sichtbar leiden lässt“. Für ver.di sei aber klar, dass ARD und ZDF als öffentliche Unternehmen eine besondere soziale Verantwortung für alle Beschäftigten im Produktionsprozess hätten. Deshalb fordert sie neben ausreichenden Produktionsbudgets, die Qualität ermöglichen, den Schutz von Urheberrechten und die gleichwertige Bezahlung aller Mitarbeitenden im Sinne des „Equal Pay“ – ob Festangestellte, Freie, Subunternehmer oder Leiharbeitnehmer.

Dass öffentlich-rechtliche Programmangebote auf allen relevanten Verbreitungswegen auffindbar sein müssen, wird in **These 4** hervorgehoben. Dabei liegt laut ver.di ein besonderer Schwerpunkt auf den Onlineangeboten, die als eigenständige dritte Säule neben Hörfunk und Fernsehen anzuerkennen seien. Vor allem gelte es, die „künstliche Verknappung“ von öffentlich-rechtlichen Inhalten im Netz durch die Sieben-Tage-Frist und die Depublikationspflicht abzuschaffen. An dieser Stelle äußert sich ver.di auch zu einem Jugendkanal, der bei entsprechender finanzieller Ausstattung eine Möglichkeit sein könne, „junge Erwachsene zu gewinnen, denen das Hauptprogramm zu wenig anbietet“.

Last but not least beschäftigt sich **These 5** mit der Kontrolle durch die Gremien, die „Begleiter und Kontrollorgan in einem“ seien und deren Arbeit kein Selbstzweck sei, sondern der Öffentlichkeit diene. Aus diesem Grund verlangt ver.di nicht nur eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch transparentere Gremien durch öffentliche Sitzungen sowie zugängliche Tagesordnungen und Protokolle. Zugleich sollten die Befugnisse der Gremien erweitert, z.B. neben der Wahl des Intendanten auch die der obersten Geschäftsführungsebene, und ihre Kompetenzen durch Weiterbildungen und Mentoringprogramme ausgebaut werden.

Philipp Schönau ■

Als die Ministerpräsidentenkonferenz am 13. März in Berlin endet, haben die Regierungschefs der Länder eine historisch einmalige Entscheidung im Gepäck: Ab 2015 soll der Rundfunkbeitrag erstmals gesenkt werden, von derzeit 17,98 Euro monatlich auf 17,50 Euro. Möglich machen es die Mehreinnahmen bei ARD, ZDF und Deutschlandradio aufgrund der Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag. Diese betragen nach Zahlen der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) in der aktuellen Beitragsperiode 2013–2016 mehr als eine Milliarde Euro. Ein Teil dieses Geldes soll nun die Beitragszahler entlasten, während der Rest zurückgelegt werden soll. Denn weder ist die Beitragsperiode schon abgelaufen, die Zahlen der KEF sind damit eine Prognose, noch wurde bisher die Evaluation des neuen Systems durchgeführt, die möglicherweise zu Änderungen bei der Beitragserhebung und damit auch der Einnahmen führt.

Und noch eine weitere Entscheidung haben die Länderchefs verkündet – oder besser: erneut vertagt. Noch immer konnten sie sich nicht darauf verständigen, ARD und ZDF mit einem eigenen Jugendkanal zu beauftragen, obwohl die Sender ihr Konzept auf Wunsch der Ministerpräsidenten noch einmal nachgebessert und diverse Fragen beantwortet hatten. So harren die Anstalten weiter der Dinge und geben sich optimistisch wie SWR-Intendant Boudgoust. Sein Kommentar: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Kurzatmige und konzeptlose Entscheidungen. ver.di hat beide Entscheidungen kritisiert. ver.di-Vize Frank Werneke nannte die Beitragssenkung „kurzatmig und riskant“ und hält das Offenhalten der Jugendkanal-Frage bei den Ministerpräsidenten für einen „Ausdruck von Uneinigkeit und Konzeptlosigkeit in der Rundfunkpolitik“. Wichtige Zukunftsfragen würden auf die lange Bank geschoben.

Dazu muss man wissen, dass der ver.di-Bundesvorstand zeitgleich mit der Ministerpräsidentenkonferenz ein Thesenpapier zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk veröffentlicht und sich damit auch direkt an die Länderchefs gewandt hatte. Darin finden sich konkrete Vorstellungen zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Systems. ver.di wolle mit dem Papier, so steht es in der Vorbemerkung, „ihren Beitrag zur Diskussion leisten“. Dabei bekennt sie sich ausdrücklich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, „der im weltweiten Vergleich einmalig ist und Beachtenswertes leistet“. Zugleich aber „bedarf es an vielen Stellen Verbesserungen“, damit das System im Sinne der Gesellschaft erhalten werden könne. Oder wie Frank Werneke sagt: „Im Internetzeitalter bedarf es aber nicht des Abbaus öffentlich-rechtlicher Inhalte, sondern vielmehr einer Stärkung.“

Zeitung obsiegt gegen die Bahn

Unterlassungsklage gegen Artikel zu Stuttgart 21 zurückgezogen

Die Stuttgarter Zeitung obsiegte in zweiter Instanz im Rechtsstreit mit der Bahn, die Artikel über das Projekt Stuttgart 21 missfielen. Bei der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 9. April hat das Kommunikationsbüro von Stuttgart 21 seine Unterlassungsklage zurückgenommen.

In dem Streit ging es darum, dass die *Stuttgarter Zeitung* im Vorfeld einer Sitzung des Bahn-Aufsichtsrats aus internen Papieren zitierte, dass das Millionenprojekt ein Jahr später als geplant fertiggestellt wird. Statt 2021 sollen danach Züge erst 2022 durch den Tunnelbahnhof rollen, wurde berichtet und ausrissweise bildlich dokumentiert.

Dass das Kommunikationsbüro von Stuttgart 21 mit dem Knüppel Unterlassungsklage gegen die Berichterstattung vorging, überraschte. Laut *Kontext: Wochenzeitung* gehört die *Stuttgarter Zeitung* zu „denjenigen Presseorganen, deren Führungsetage sich unumwunden für den Bau von Stuttgart 21 ausspricht.“

In erster Instanz gewann die Bahn, vertreten durch den Projektsprecher Wolfgang Dietrich. Die 11. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart untersagte der Zeitung im Urteil vom 4. November 2013, einige Punkte aus zwei beanstandeten Artikeln zu wiederholen: „Dem Bahn-Aufsichtsrat wird am Mittwoch mitgeteilt, dass Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm erst Ende 2022 in Betrieb genommen werden können. Das Projekt hinkt nun schon mindestens drei Jahre hinter dem Zeitplan her“ und ... „Die Unterlage konterkariert die Aussage des Pressesprechers Dietrich: Es ist erst wenige Wochen her, da hatte er als

Reaktion auf den grünen Verkehrsminister Winfried Herrmann, der aus bahninternen Unterlagen das Datum 2022 herausfischte, verkündet: ‚Der Termin ist falsch‘. Es sei ‚für uns nach wie vor Dezember 2021 der Zeitpunkt der Inbetriebnahme‘. Darauf seien alle Planungen ausgerichtet.“

Gegen dieses Urteil des Landgerichts hat die Zeitung Berufung eingelegt. Die nun erfolgreich zur Rücknahme der Unterlassungsklage führte. Vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht gab die Bahn klein bei, nachdem Richter Matthias Haag, ein bekennender S-21-Befürworter, erklärte, es werde im Saal 12 des OLG „nicht über den Bau des Bahnhofs entschieden“, sondern ihm läge daran, dass die beiden Parteien den „nicht nötigen Streit“ beendeten. Als Kommunikationsunternehmen seien sie in den nächsten Jahren aufeinander angewiesen. Diesen Eindruck hatte offenbar auch Bahn-Anwalt Josef-Walter Kirchberg. Er erklärte, die Rücknahme der Klage damit, dass die *Stuttgarter Zeitung* und das Kommunikationsbüro „wieder gut miteinander auskommen“ und ein fortwährender Streit mit dem Blatt nicht weiter helfen würde.

Ganz so eng scheint die neue alte Liebe aber doch nicht zu sein. Als wäre er in einer anderen Verhandlung gewesen erklärt sich Dietrich auf seiner Homepage zum Sieger. Stur behauptet er: „Wir haben das eigentliche Prozessziel erreicht, Landgericht und Oberlandesgericht haben die Berichterstattung der Stuttgarter Zeitung vom 17. September 2013 presserechtlich beanstandet und inhaltlich die zentrale Rüge des Kommunikationsbüros bestätigt.“

Werner Jany ■



Foto: bahnprojekt-stuttgart-uhl.de / Armin Klugus

Stuttgart21: Talquerung der Innenstadt mit Hauptbahnhof



Foto: wikipedia:beriber / Fotophoto

Anzeige



Ein wertvoller Beitrag
zu Ihrer Altersversorgung:

Bis zu 100 % gibt 's von Ihrem Auftraggeber dazu.

Die Altersversorgung für Freie.

Weitere Informationen unter: www.pk-rundfunk.de/mmm

Höhere Gagen für Filmschaffende

ver.di und die Allianz deutscher Produzenten für Film und Fernsehen haben sich am 7. April in der fünften Verhandlungsrunde auf ein Tarifergebnis geeinigt, das insgesamt eine Erhöhung von 4,7 Prozent vorsieht. In zwei Stufen werden die Gagen ab dem 1. Juli 2014 zunächst um 2,2 Prozent und ab Jahresbeginn 2015 um weitere 2,5 Prozent erhöht. Die Laufzeit des Tarifvertrages wurde bis Ende 2015 festgelegt.

Die Gagen für Szenenbildner werden im Juli dieses Jahres zusätzlich zu dem Verhandlungsergebnis um einen Sockelbetrag von 75 Euro angehoben. Neben den Gagenerhöhungen tritt der Tarifvertrag für die etwa 25.000 Filmschaffenden in einer redaktionell erneuerten Fassung mit zahlreichen Verbesserungen rückwirkend zum Januar 2014 wieder in Kraft. „Die Arbeitsbedingungen für Filmschaffende werden durch die getroffenen Vereinbarungen erneut verbessert, indem wir die Arbeitszeiten an vielen Dreh- und Arbeitstagen begrenzen, Pausen verlängern und Zuschläge für lange Arbeitstage erhöhen“, bewertet ver. di-Tarifsekretär Matthias von Fintel den Abschluss positiv. „Die Tarifierhöhungen bleiben deshalb hinter denjenigen für öffentlich-rechtliche Sender etwas zurück, sie können sich mit einer Erhöhung um 4,7 Prozent innerhalb der nächsten acht Monate aber gut sehen lassen.“ Das Verhandlungsergebnis sieht für den Manteltarifvertrag vor, dass die maximale Arbeitszeit von 12 Stunden an deutlich weniger Drehtagen auf 13 Stunden pro Tag verlängert werden kann, bei Fernsehproduktionen künftig nur noch an 40 Prozent und bei Kinoproduktionen an 80 Prozent der Drehtage. Zudem wird die Hauptpause von 30 auf 45 Minuten verlängert und die zweite Pause bei langen Arbeitszeiten auf eine weitere halbe Stunde, die insgesamt nicht zur

Arbeitszeit zählen. Außerdem werden die Zuschläge für die 13. Stunde des Tages auf 60 Prozent erhöht.

Das Tarifergebnis sei auch der aktiven Unterstützung der Filmschaffenden und ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu verdanken, zu denen die ver.di FilmUnion zusammen mit dem Bundesverband Filmschnitt Editor (BFS), der Berufsvereinigung Filmton (bvft) und der Schauspieler-Gewerkschaft BFFS aufgerufen hatte, so Fintel. Es werde von entscheidender Bedeutung sein, dass die Produktionsfirmen und die Fernsehsender diese Tarifverbesserungen entsprechend umsetzen und nicht stattdessen durch weniger Drehtage und gedeckelte Budgets auf die Einkommen der Filmschaffenden drücken. „Wir werden das kritisch und aufmerksam beobachten“, betonte der Gewerkschafter.

PM ■

„Flammende Aktion“ gegen schlechte Arbeitsbedingungen der Filmschaffenden im Sommer 2013 (M 05/2013).



Foto: Kersten Hüttner

Weltbild-Insolvenz: Harte Einschnitte für Belegschaft

Knapp zwei Monate nach dem Insolvenz-Antrag ist klar, welche Folgen die Weltbild-Pleite für die Beschäftigten hat. Auf einer Betriebsversammlung gab Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz am 20. März die beschlossenen Personalmaßnahmen bekannt: 580 Beschäftigte aus allen Bereichen und damit etwa ein Drittel der Belegschaft müssen das Unternehmen der katholischen Kirche am 1. April verlassen.

Für die Betroffenen hat ver.di gemeinsam mit dem Betriebsrat ein engmaschiges Schutznetz gespannt. Wichtigster Bestandteil ist ein „Tarifvertrag zur Unterstützung der von der Restrukturierung betroffenen Beschäftigten und zur Fortführung des Unternehmens“. Danach haben alle Betroffenen Anspruch auf eine angemessene Abfindung. Außerdem können sie an einer zwölfmonatigen Transfermaßnahme teilnehmen.

„In der Transfergesellschaft werden unsere Kollegen und Kolleginnen entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse qualifiziert und optimal gecoacht“, erklärte Betriebsratsvorsitzender Peter Fitz. Außerdem würden die üblichen Zahlungen auf 85 Prozent des letzten Nettogehalts aufgestockt und bis zu einem Jahr lang weiter bezahlt. Die katholische Kirche hat Wort gehalten und finanziert diese Maßnahmen. Ein Treuhänder verwaltet die Mittel und stellt sicher, dass die Kirchen-Millionen zur finanziellen Absicherung und zur Fortführung des Unternehmens dienen. „Die Beschäftigten von Weltbild haben für dieses Geld mutig gekämpft“, betonte ver.di-Sekretär Thomas Gürlebeck: „Der Tarifvertrag stellt sicher, dass jeder Cent bei den Betroffenen ankommt.“ Bei Weltbild gehen die Geschäfte nahtlos weiter.

ver.di-Blog zu Weltbild: www.weltbild-verdi.de



**Verlagsgruppe
Weltbild**

Tarifrunde dpa: Noch zu kleines Angebot

Auch die zweite Verhandlungsrunde für die rund 750 Beschäftigten der Mutter- und Tochtergesellschaften der dpa ist ohne Ergebnis verhandelt worden. Die Geschäftsführung legte ein Angebot vor, das für Beschäftigte mit einem Einkommen von weniger als 3.600 bis 3.800 Euro monatlich einen Festbetrag von 65 Euro mehr im Monat vorsieht. Für Beschäftigte mit einem darüber liegenden Einkommen soll eine prozentuale Erhöhung greifen, die noch nicht beziffert wurde.

„Das ist kein Angebot, sondern allenfalls ein Angebotchen und reicht angesichts der Erwartungen, die die Kolleginnen und Kollegen in den von den Gewerkschaften durchgeführten Befragungen deutlich gemacht haben, natürlich überhaupt nicht aus“, kritisierten Regine Sakowsky vom DJV und Matthias von Fintel von ver.di. Beide Verhandlungsführer begrüßten hingegen die Bereitschaft der dpa-Geschäftsführung, über ein einheitliches Tariferhöhungskonzept für Mutter- und Töchter-Beschäftigte zu verhandeln. Demnach sollen die unteren Einkommensgruppen von einer Erhöhung durch einen Festbetrag etwas mehr profitieren als die höheren.

Klar abgelehnt haben die Gewerkschaften die Vorstellungen der Geschäftsführung, im bestehenden dpa-Manteltarifvertrag Verschlechterungen für neu Einstellende festzuschreiben: „Wir wollen bestehende Ungerechtigkeiten abbauen und keine neuen, zusätzlichen schaffen“, machten Sakowsky und von Fintel in einer gemeinsamen Information deutlich. Die Gewerkschaften fordern 5,5 Prozent mehr Geld und mindestens ein Plus von 85 Euro.

Die Verhandlungen werden am 19. Mai in Berlin fortgesetzt. An diesem Tag wollen ver.di und der DJV möglichst einen Abschluss für die dpa-Beschäftigten erreichen. Red. ■

Thomson Reuters: 2,2 Prozent mehr ab 1. Juli

Am 12. März 2014 fanden die Tarifverhandlungen für die rund 130 Beschäftigten bei Reuters Editorial in Deutschland statt. Die Tarifkommission der Gewerkschaften DJV und ver.di konnte bereits in dieser ersten Runde eine Einigung mit der Chefredaktion erzielen. Unter Vorgabe der Konzernleitung in New York, Gehaltserhöhungen erst ab 1. Juli zu zahlen, wurde vereinbart, dass die Tarifgehälter ab diesem Termin um 2,2 Prozent angehoben werden. Zusätzlich zu dieser linearen Anhebung gibt es leistungsbezogene Zulagen. Inklusive der Zulagen erhalten Beschäftigte insgesamt eine Gehaltserhöhung von drei bis sechs Prozent. Der Tarifabschluss gilt bis Ende März 2015. Die Verhandlungskommission würdigt die effektive Wirkung der Tarifeinigung bezogen auf volle zwölf Monate mit einem Volumen von etwa 2,5 Prozent Einkommenserhöhung. Der nominelle Anstieg aller Tarifgehälter ist sogar noch vorteilhafter und von Dauer, weil sie die Basis für die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr erhöht. Red. ■

Schon entdeckt?



Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Leipzigs Neue

Bereits seit 20 Jahren erscheint LEIPZIGS NEUE – linke Monatszeitung für Politik, Kultur und Geschichte. Sie wird herausgegeben vom „Projekt Linke Zeitung e. V. Leipzig“, vertreten durch den Philosophieprofessor Kurt Schneider, zu DDR-Zeiten Dekan der Fakultät für Philosophie und Geisteswissenschaft der Karl-Marx-Universität zu Leipzig. Der Verein besitzt nach eigenen Angaben kein Kapital und finanziert sich ausschließlich aus den Vertriebs- und Anzeigenerlösen sowie Spenden. Der Autorenkreis setzt sich aus rund 20 Köpfen zusammen; Honorare für die journalistischen Beiträge werden nicht gezahlt. Auch die redaktionelle Arbeit leisten Chefredakteur Michael Zock und seine zwei Mitstreiter ehrenamtlich.

Zwei Euro (Abo 1,80 €) kostet die 24seitige Zeitung mit dem etwas nostalgischen, für linke Publikationen typischen Layout, am Kiosk. Zwischen 6.000 und 8.000 Leser/innen, so Redakteur Ralf Fiebelkorn, hat LEIPZIGS NEUE. Der Großteil von ihnen wohnt in Sachsen, nur ca. zehn Prozent der Auflage werden bundesweit ausgeliefert. Im Netz kann von jeder Ausgabe eine Auswahl von Beiträgen kostenlos gelesen werden. Der Standpunkt von LEIPZIGS NEUE ist klar – so steht es ja auch im Zeitungskopf: links. Einleuchtend dann auch, dass zum Beispiel in der Märzausgabe der Schwerpunkt auf den Internationalen Frauentag gelegt wurde. Da wird unter anderem Alice Schwarzer als „konservative Feministin“ eingeordnet; wir lernen, dass Die Linke eine arzneipolitische Sprecherin (Kathrin Vogler) hat; es gibt ein ausführliches Interview mit Sophie Dieckmann, Chinawissenschaftlerin und derzeit Geschäftsführerin von Die Linke.SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband). Im Kulturteil schreiben Autoren wie der im Ruhestand befindliche ehemalige Kino-Experte der *Leipziger Volkszeitung*, Hans-Dieter Tok, aus einer ostalthisch anmutenden Perspektive.

Das ist durchaus gewollt, gehört doch die Leserschaft mehrheitlich den Jahrgängen an, die den Großteil ihres Lebens in der DDR verbracht haben. So findet sich im Blatt wenig Überraschendes – weder an Themen, noch an Meinungen. Spannender wird es nur, wenn LEIPZIGS NEUE in die offene Auseinandersetzung, zum Beispiel mit einem NPD-Parteibüro in Leipzig Westen, geht oder wenn Alltagsprobleme wie Parkplatzsorgen aufgegriffen und aus der linken Perspektive bewertet werden.

Ohne Frage: LEIPZIGS NEUE hält ihr im Zeitungskopf gegebenes Versprechen und vermittelt les- und nachvollziehbar linke Positionen. Allerdings: Es kommt beim Lesen hin und wieder der Verdacht auf, dass hier Menschen am Werke sind, die der „guten alten DDR“ öffentlich nachtrauern. Auf die Seiten gestreute Zitate wie das von Erik Neutsch: „Es muss doch jemanden geben, der an das Experiment Sozialismus erinnert und da nicht nur die Konflikte von Intellektuellen beschreibt“ verstärken diesen Eindruck. -gl ■

www.leipzigs-neue.de

Strengere Kontrollen

Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Künstlersozialkasse

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) soll Unternehmen künftig regelmäßig daraufhin kontrollieren, ob sie ihrer Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse nachgekommen sind, wenn sie freiberufliche Kunst- und Medienschaffende beauftragt haben. Das ist der Kern eines Gesetzentwurfes „zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabegesetzes“, den die Bundesarbeitsministerin im April vorlegte und der noch bis zur Sommerpause das Parlament passieren soll.

„Ein effizientes Prüfverfahren soll künftig die Belastungen für Wirtschaft und Verwaltung minimieren und gleichzeitig Abgabegerechtigkeit herstellen“, heißt es in dem Entwurf.

Er sieht vor, dass die Rentenversicherung ab 2015 alle Unternehmen, die bereits Künstlersozialabgabe zahlen, und alle, die über 20 Personen beschäftigten, alle vier Jahre prüfen muss. Von den kleineren Betrieben sollen jeweils 40 Prozent im Vier-Jahres-Turnus kontrolliert werden, so „dass der durchschnittliche Prüfturnus in dieser Gruppe zehn Jahre beträgt“.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat damit eine modifizierte Variante eines Gesetzentwurfes vorgelegt, mit dem ihre Vorgängerin von der Leyen im vergangenen Jahr gescheitert war, und eine Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zügig auf den Weg gebracht. Darin hieß es: „Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht hin dauerhaft stabilisieren. Dafür müssen wir einen weiteren Anstieg der Künstlersozialabgabe verhindern. Dies setzt voraus, dass alle abgabepflichtigen Unternehmen ihren Beitrag leisten.“ – Eigentlich eine

Selbstverständlichkeit, deren Beachtung aber aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus nun strenger kontrolliert werden soll.

Mit der Vorgabe einer „Bagatell“-grenze von 450 Euro Honorar, bis zu der Auftraggeber jährlich abgabefrei bleiben, schafft der Gesetzentwurf eine begrüßenswerte Klarheit. Allerdings soll es daneben auch bei den bisher geltenden, eher schwammigen Ausnahmeregeln, z.B. der „regelmäßigen“ Beauftragung bleiben. Ob allerdings eine solche Bagatellgrenze praktisch funktionieren könnte und wie sie sich auswirken würde, bleibt noch näher zu betrachten.

Mit dem gesetzlichen Prüfauftrag wäre auch ein lange schwelender Streit zwischen DRV und dem Ministerium beigelegt. Die Rentenversicherung hatte in den vergangenen Jahren die Prüfungen und damit die Einnahmen aus der Künstlersozialabgabe deutlich heruntergefahren und dies mit angeblich horrenden Kosten – jährlichen 50 Millionen Euro – begründet. Das Ministerium dagegen geht in dem Entwurf von etwa einem Viertel dieser Kosten aus und erwartet zusätzliche Einnahmen von 32 Millionen Euro.

Die Künstlersozialversicherung, die die Hälfte der Beiträge für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung von knapp 180.000 dort versicherten Künstlern übernimmt, finanziert sich zu 30 Prozent durch die Künstlersozialabgabe.

Veronika Mirschel ■

Der Petitionsausschuss des Bundestages befasste sich Mitte März mit der Künstlersozialkasse. Die Petition hatte mit 71.000 Unterschriften eine breite Resonanz erfahren, 50.000 Stimmen wären nur notwendig gewesen.



Foto: Christian Ditsch

Ein Jahr nach der dapd-Insolvenz

dapd
nachrichtenagentur

Die Nachrichtenagentur dapd hatte am 11. April 2013 nach zwei Insolvenzgängen endgültig ihr Aus erklärt. Insgesamt 300 Beschäftigte, zum Schluss noch 175, hatten ihren Job verloren. (M berichtete in 1,2 und 3/2013) Was ist aus ihnen geworden, wollten ehemalige Mitarbeiter wissen und starteten eine Umfrage. 274 einstige Mitarbeiter wurden angeschrieben, 149 haben geantwortet. Danach sind viele ehemalige dapd-Beschäftigte ein knappes Jahr nach der Betriebs-einstellung wieder berufstätig. Ältere sind weitaus häufiger arbeitslos als jüngere. Auch der Anteil der Freiberufler sei bei den Älteren deutlich größer als bei den Jüngeren, was den Rückschluss zulasse, dass viele mangels Alternative für sich diesen Weg gewählt haben. Weit über die Hälfte der Ex-dapd-Beschäftigten arbeiten weiter im Journalismus, ein Drittel im Bereich PR/Öffentlichkeitsarbeit. Nur fünf Prozent sind nicht mehr in der Kommunikationsbranche tätig.

Diejenigen, die wieder eine Festanstellung haben, schneiden in jeder Hinsicht besser ab als Freiberufler: Sie sind häufiger finanziell bessergestellt als zu dapd-Zeiten, auch ihre aktuelle Arbeits- und Lebensqualität bezeichnen sie häufiger als besser als die Freiberufler. Wer in die Branche PR/Öffentlichkeitsarbeit gewechselt ist, hat häufiger einen unbefristeten Vertrag und wird auch besser bezahlt. Insgesamt nennen aber viele Befragte ihre heutige Arbeits- und Lebenssituation besser als früher.

Eine große Mehrheit sieht im Ende der dapd einen Verlust für die Medienvielfalt. Aufschlussreich seien dabei die Begründungen, meinen die Umfrage-Auswerter: Hier werde immer wieder darauf hingewiesen, dass dpa jetzt ein Monopol habe und gerade auf Länderebene bestimme, über was berichtet wird und über was nicht.

Ausführlich unter: <http://tinyurl.com/kczchdx> ■

Redakteure zweiter Klasse

Tariflose Tochter bei der Rheinischen Post

Die Verlagsgruppe *Rheinische Post (RP)* plant nach Informationen der dju NRW eine verstärkte Beschäftigung redaktioneller Mitarbeiter in der tariflosen Tochtergesellschaft RP Media. In ihr sollen zunächst alle Neueinstellungen und übernommene Volontäre und Pauschalisten beschäftigt werden – und kräftig unter dem derzeit geltenden Tarif für Redakteure an Tageszeitungen bezahlt werden.

Auch wenn der Verlag offiziell noch dementiert, aus der *RP* ist zu hören, dass der neue 36jährige Chefredakteur Michael Bröcker, sein Stellvertreter Horst Thoren und der Personalleiter Volker Kaufels die Pläne mit der Tochter RP Media im Hause Anfang April bereits vorgestellt haben. Redakteure mit einem alten Vertrag nach Tarif sollen einstweilen Bestandsschutz haben, und müssen erst für den Fall, dass ihr befristeter Vertrag ausläuft oder sie befördert werden, in die Tochter-Gesellschaft wechseln. Jeder, der nach dem Volontariat übernommen wird (laut Chefredakteur Bröcker werden das aber nicht alle sein, sondern „nur die Besten“), erhält einen Angestelltenvertrag mit einem Gehalt von je nach Angebot 2.000 bis 2.400 Euro brutto im Monat. Damit sind die so Übernommenen „Redakteure zweiter Klasse“, dann immerhin sozialversicherungspflichtig angestellt. Urlaubs- und Weihnachtsgeld soll es nicht mehr geben, den Sonntagszuschlag schon. Auch die Urlaubstage sollen gekürzt werden, von 30 auf 25 Tage.

Immense Einkommensverluste. In der RP Media soll nach der vom Chefredakteur und Rösler-Biographen Bröcker ausgegebenen Devise „Leistung muss sich lohnen“ die kollektive Bezahlung nach Tarifverträgen und eine Staffelung des Gehalts nach Berufsjahren endgültig ausgesorgt haben. An deren Stelle sollen individuelle Zielvereinbarungen mit nur noch leistungsbezogenen Gehaltszuwächsen eingeführt werden. Bei den immensen Einkommensverlusten, die die neuen Mitarbeiter der RP Media hinnehmen müssen, fällt es fast kaum noch ins Gewicht, dass die ohnehin meistens nicht erfasste Wochenarbeitszeit von 36,5 (wie im Tarifvertrag vereinbart) auf 40 Stunden erhöht werden soll.

Der Betriebsrat der Rheinischen Post weiß zumindest offiziell von diesen radikalen Einsparungsplänen bis jetzt nichts. Er lässt derzeit aber klären und prüfen, ob seine Zuständigkeiten auch für die RP Media gelten, so der Vorsitzende Klaus Peter Kühn.

Auf einer Betriebsversammlung am 10. April bestätigten Verlags- und Redaktionsleitung, dass Neueinstellungen trotz einer kerngesunden wirtschaftliche Lage des Verlages zukünftig in der tariflosen RP Media stattfinden sollen. Zu den konkreten Konditionen wurde nichts gesagt, verschlechtern solle sich angeblich niemand, das Unternehmen solle so nur „flexibel“ gehalten werden. **fbi** ■

connex.av
Die Vertretung von Medienschaffenden

Stellenausschreibung

Gewerkschaftssekretär/in connex.av München



connex.av gehört zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Wir arbeiten mit und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Medienschaffenden. Unser Ziel ist die Verankerung und Stärkung betrieblicher Mitbestimmung sowie die Vertretung und Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten und Freien-/Selbstständigen.

Connex.av Standorte sind: Berlin/Leipzig, München, Hamburg, Frankfurt und Köln.

Für das Büro München ist die Stelle eines/r Gewerkschaftssekretär/in (gerne mit juristischer Qualifikation) (0,8) ab 15.07.2014 zu besetzen.

Der/die Gewerkschaftssekretär/in untersteht der Planung von connex.av und der Landesfachbereichsleitung Medien, Kunst und Industrie Bayern.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- Begleitung von und Kontakte zu Betriebs- und Personalräten, Mitarbeitern und Freien
- Beratung von Einzelmitgliedern
- Begleitung des Verbandes öffentlich-rechtlicher Rundfunk Bayern
- Betreuung des Verbandes Privater Rundfunk Bayern
- Begleitung ver.di FilmUnion Süd
- Betriebs- und Konzernbetreuung

Anforderungen an die Projektmitarbeiter/innen sind:

- Kenntnisse in Arbeitsrecht, Tarifrecht, Betriebsverfassungsrecht, Personalvertretungsrecht, Urheberrecht, Sozialrecht
- Branchenkenntnisse im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, Online-Medien, Film, Produktion
- Fähigkeit und Bereitschaft zur Teamarbeit und in Projektstrukturen
- Durchsetzungsvermögen, Moderations- und Beratungskompetenz
- Kompetenz in der Büroorganisation
- Umfassende PC-Kenntnisse (MS Office, Outlook), versierter Umgang mit Kommunikationsmitteln (E-Mail, Internet, Portalen etc.)
- Sicheres Auftreten sowie gute verbale und schriftliche Ausdrucksfähigkeiten
- Bereitschaft zu Reisetätigkeit
- Bereitschaft zu selbstständigem und eigenverantwortlichem Arbeiten
- Bereitschaft zur Arbeit auch an Wochenenden und in den Abendstunden

Die Eingruppierung der Stelle erfolgt nach den Allgemeinen Anstellungsbedingungen der ver.di (Gehaltsgruppe 7.1 später 7.3.)

Schriftliche Bewerbungsunterlagen bitten wir schnellstmöglich an die folgende Anschrift zu richten:

connex.av GmbH
c/o ver.di
Geschäftsführung
Barbara Scheiter
Paula-Thiede-Ufer 10
10117 Berlin

Infos bei Geschäftsführung connex.av, Barbara Scheiter – Mobil: 0171/537 31 69

Brücken gebaut

Linke Medienakademie auch 2014 erfolgreiches Lernen und Lehren

Brücken bauen und Mauern einreißen: „Walls and Bridges“ – das war das Ziel der Linken Medienakademie (LiMA) in diesem Jahr. Und – das ist gelungen: 500 Menschen hatten sich angemeldet, es gab 1.300 Kursbuchungen. In einer insgesamt lockeren und aufgeschlossenen Atmosphäre lag viel Spannung in der Luft, wenn es Teilnehmer mitunter stundenlang und weit über die Zeit auf ihren Stühlen aushielten, um alles Wissenswerte aus den fast 100 Dozenten herauszuholen.

Kurzzeitig stand die LiMA 2014 auf der Kippe. „Anfang Dezember sah sich der Vorstand der Linken Medienakademie gezwungen, den bisherigen Geschäftsführer Christoph Nitz von seinen Aufgaben zu entbinden. Gründe dafür waren erhebliche finanzielle und organisatorische Unregelmäßigkeiten, die die Existenz des Vereins gefährdeten“, so Vereinsvorsitzender Tilo Hejhal in einem Interview im *Neuen Deutschland*. Inzwischen habe Nitz auch offiziell seinen Rücktritt aus dem LiMA-Vorstand erklärt. In knapp drei Monaten hat dann der ehrenamtlich arbeitende Vorstand die LiMA-Vorbereitungen gestemmt. Neben dem schon traditionellen umfassenden Bildungsangebot wurde das Arena-Programm etwas verkleinert und inhaltlich mehr den aktuellen Ereignissen angepasst. So hat Historiker Wolfgang Wippermann seinen Eröffnungsvortrag direkt auf das Thema 100 Jahre Kriege und Russen zugeschnitten. Neu waren Thementage wie der „Radio Day“, der „Social Media Day“ und der „Green Day“, die gute Resonanz erfuhren.

Das digitale Alter Ego. Aktuell ist auch die Debatte um den Schutz der persönlichen Online-Identität, sozusagen das digitale Alter Ego. Denn nicht nur Geheimdienste interessieren sich für die persönlichen Daten Anderer. „Die Online-Identität wird in Zukunft das wertvollste Gut der Bürger sein“, schrieb Google-Vorstandsmitglied und US-Präsidentenberater Eric Schmidt in seinem Buch „Die Vernetzung der Welt“. Er prophezeit einen „Schwarzmarkt für echte und falsche Identitäten. „Identity in the digital world – Wie schützen wir unsere Online-Identität?“, wie kann man sich vor Übergriffen von Geheimdiensten, ausländischen Konzernen und Cyber-Kriminellen schützen, wurde deshalb in einer hochkarätig besetzten Runde auf der LiMA diskutiert. Die Online-Identität sei zur Ware geworden, kritisierte Julia Schramm, die als Piratin mit der Veröffentlichung ihres Buches „Klick mich“ in die Kritik geriet. Die eigene Online-Identität erhalte eine zusätzliche Ebene durch das, was andere über einen äußerten. Denn das habe oftmals größere Auswirkungen, als die eigene Darstellung im Netz, berichtete Schramm aus eigener Erfahrung. Julia Schramm gab in der Diskussionsrunde erstmals Auskunft zu den Gründen ihres kurz zuvor erfolgten Austritts aus der Piratenpartei. Der als Bombergate bekannt gewordene Skandal um die Folgen einer Fe-

men-Aktion von Berliner Piratinnen hatte die Partei tief gespalten und Schramm zum Austritt bewogen.

Wenn man über Online-Identität rede, dürfe man die bei jeder Kommunikation anfallenden Metadaten nicht vergessen, so Peter Schaar. Diese bildeten sozusagen den Schatten der Online-Identitäten, meinte der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte. Die Bedeutung der Metadaten haben auch die Geheimdienste erkannt: Sie setzen dafür spezielle Schnüffel-Software ein. Dabei sei deutlich geworden: „Jeder ist ein Ziel“, sagte Schaar. Dies sei die neue Dimension des NSA-Skandals, die ihn erschrecke. Dagegen zeigte Schramm sich von der NSA-Überwachung weniger beeindruckt als von den BND-Praktiken und dessen fragwürdigem Verhalten in der NSU-Affäre. Die deutschen Geheimdienste würden allerdings bei Weitem nicht über dieselben finanziellen und technischen Ressourcen verfügen, wie die amerikanischen Dienste, widersprach neben Schaar auch der Sicherheitsexperte Thorsten Schröder. Der Chaos Computer Club-Aktivist war maßgeblich an der Aufdeckung des Bundestrojaners beteiligt. „Von der Illusion, nicht überwacht zu werden, muss man sich verabschieden“, bedauerte



Fotos (2): Christian von Polentz / transfoto.de



Schaar. Verschiedene Beispiele der letzten Jahrzehnte hätten gezeigt: „Nachrichtendienste haben immer die Tendenz sich zu verselbstständigen.“ Er suche immer noch „eine Medizin gegen Überwachung“, so Schaar, inzwischen Vorsitzender der europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz.

Kompetenter Partner. Auch ver.di, und dabei vor allem die dju, war auf der LiMA 2014 aktiv. ver.di bewies erneut, dass sie ein kompetenter Partner sein kann, wenn es darum geht, berufliche Orientierung in der Medienbranche zu finden. Neben praktischen Workshops referierte zum Beispiel Susanne Stracke-Neumann, die in der dju in ver.di die Nachwuchsar-

Podiumsdiskussion:
„Wie schützen wir unsere Online-Identität“ mit Peter Schaar, Julia Schramm, Thorsten Schröder und Uwe Sievers.



Angeregte Diskussion am Radio Day mit RBB-Moderatorin und Buchautorin Marion Brasch „Von DT64 zu radioeins – und wie weiter? Möglichkeiten des Radios in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“

beit betreut, über das Thema „Berufswunsch Journalismus – Berufsbild und Perspektiven“. Dabei wurden sowohl die verschiedensten Ausbildungswege wie Journalistenschulen, Medienstudiengänge und das Volontariat in Verlag oder Sender angesprochen wie auch die Möglichkeiten, als freiberuflicher Journalist zu arbeiten.

Fragen zur Existenzgründung und sozialen Absicherung in freien Medienberufen gab es zu Hauf. Beantwortet wurden sie auf dem LiMA Unions Day unter anderem von Bernd Hubatscheck, der seit Jahren in guter Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Selbstständige in Kreativberufen berät. Wege in Film- und Fernsehberufe, mit einer Betrachtung der schwierigen Arbeitsbedingungen, zeigte Kathleen Eggerling von connex.av in ver.di auf. Vom reichen Erfahrungsschatz der freien Fotografin Angelika Osthus konnten Teilnehmer profitieren, die sich für den Kurs „Bilder präsentieren und veröffentlichen“ eingetragen hatten. In einer anderen Veranstaltung informierte sie auch über Bildrechte und die VG Bild-Kunst. Was konkret die Gewerkschaft für Selbstständige alles tun kann, wurde vor allem am dju-Stand von dju-Mitgliedern beantwortet.

Leider abgesagt werden musste zum Unions Day der Vortrag über neue Modelle zur Finanzierung von Journalismus wie Crowdfunding. Die dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß musste an einer Streikversammlung in der aktuellen Tarifrunde Tageszeitungen teilnehmen. Also verständlich diese kurzfristige Absage, aber auch sehr schade, weil die dju zu diesem Thema mit einigem Wissen kompetent beitragen kann. Der erfolgreiche Journalistentag Ende vergangenen Jahres lieferte dazu viele Anregungen. Er ist dokumentiert unter <https://dju.verdi.de> und auch in einem ausführlichen Bericht in M <https://mmm.verdi.de> Insofern gibt es noch eine Menge Potenzial für eine Unterstützung der LiMA durch die dju im kommenden Jahr. Also – den Termin vormerken: 16. bis 21. März 2015 in Berlin. Karin Wenk / Uwe Sievers ■

LiMA übers Jahr

Die LiMA bietet das ganze Jahr über Seminare und Veranstaltungen an, die in Berlin und in anderen Bundesländern stattfinden. Reinschauen lohnt sich: www.linkemedienakademie.de

MOZ-Mantel kommt bald aus Berlin

Von Berlin aus soll ab Sommer Teile des Mantels für die in Frankfurt (Oder) erscheinende *Märkische Oderzeitung* (MOZ) produziert werden. Dafür wird die „Neue Redaktionsgesellschaft Berlin“ als Tochter der „Neuen Pressegesellschaft Ulm“ neu gegründet. Als Geschäftsführer wird Thomas Brackvogel aus Ulm fungieren. Räume am Alexanderplatz seien bereits angemietet, der Umzug soll bis Anfang Juli vollzogen sein. „Offenbar verspricht sich die Geschäftsführung von der Verlagerung mehr Pepp in der Berichterstattung“, meint MOZ Betriebsratschef Uwe Steinborn. „Es ist entschieden, dass es passiert, aber noch nicht wie.“

13 Journalistinnen und Journalisten aus dem Mantelbereich einschließlich eines Layouters sollen nach Berlin wechseln. „Damit wird die redaktionelle Substanz am Standort Frankfurt (Oder) weiter ausgedünnt“, befürchtet Steinborn. „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten bereits am Limit.“

Die nach Berlin wechselnden Beschäftigten sollen eine Auflösungsvereinbarung mit der MOZ Redak-

tion GmbH und danach einen Vertrag mit der neuen Firma unterschreiben. Jeder Arbeitsvertrag soll mit seinen Inhalten übernommen werden. Allerdings stellt der Wechsel nach Auffassung der Geschäftsleitung keinen Betriebsübergang im üblichen Sinne dar, der die Rechte der Beschäftigten garantiert. „Clever ausgedacht ist diese Regelung mit den Aufhebungsverträgen und neuen Arbeitsverhältnissen, damit soll alles ausgehebelt werden“, kommentiert Andreas Köhn, ver.di Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie. „Denn die Kolleginnen und Kollegen sind freiwillig ausgeschieden und in einem neuen Unternehmen wieder eingestellt.“ Der Betriebsratschef bestätigt: „Wir sind dann für sie als Interessenvertreter nicht mehr zuständig.“ Zwar habe die Geschäftsführung zugesagt, dass es keinen weiteren Personalabbau geben soll und dass diejenigen, die nicht wechseln wollen, keine Nachteile erleiden – „wie sich alles jedoch wirklich entwickelt, werden die nächsten Wochen zeigen.“

B.E. ■



Märkische Oderzeitung

Foto: [M] dkinimages / Fotolia.com

Rheinische ReGe – Zweckehe auf tarifloser Basis

Obwohl man auch im Medienkonzern DuMont Schauberg (MDS) mit solchen Zweckehehen seit der „Redaktionsgemeinschaft“ von *Frankfurter Rundschau* und *Berliner Zeitung* eher ungute Erfahrungen gemacht hat, startet in Köln ein neuerliches Kooperationsprojekt: angekündigt ist die „Rheinische ReGe“. Dorthin sollen ab Juni 2014 Lokalredaktionen von *Kölnischer Stadtanzeiger* (MDS) und *Kölnischer Rundschau* (Heinen-Verlag) ausgelagert und zusammengefasst werden – auf tarifloser Basis. Die Verlage wollen so 30 Redakteursstellen und zahlreiche Pauschalisten in den betroffenen Lokalredaktionen Rhein-Erft, Rhein-Sieg, Euskirchen und Oderberg abbauen. Vier Millionen Euro jährlich soll das sparen. Beim *Kölnischen Stadtanzeiger* erhofft man sich sogar noch eine Million zusätzlich, weil mehr Texte von der Berliner MDS-Redaktionsgemeinschaft übernommen werden. Deshalb ist auch in der Kölner Mantelredaktion Stellenabbau zu befürchten. Die „Rheinische Redaktionsgemeinschaft

GmbH“ werde 67 redaktionelle Mitarbeiter ständig beschäftigten, hieß es in einer MDS-Pressemitteilung. Unklar, wie viele davon festangestellt. Jedoch behaupten DuMont und Heinen, dass dadurch im jeweiligen Verbreitungsgebiet künftig mehr Lokalredakteure zur Verfügung stünden.

Das Vorhaben erinnere fatal an das Modell der Funke-Gruppe, die Lokalredaktionen von vier Blättern zusammengelegt hatte und 330 Redakteursstellen abbaute. „Es führte letztlich zur Einstellung der *Westfälischen Rundschau* und weiteren 120 arbeitslosen Redakteuren“, erinnert Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlages. Die Interessenvertretungen bei MDS in der Hauptstadt und in Köln kritisieren außerdem, dass sich *Kölnische Rundschau*-Verleger Helmut Heinen als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und BDZV-Ehrenpräsident Alfred Neven DuMont als Vorreiter in Sachen Tarifflicht gerieren. **neh ■**

50 Entlassungen bei der WZ

Auf dem Zeitungsmarkt in NRW gibt es erneut harte Einschnitte. In Belegschaftsversammlungen in Wuppertal, Düsseldorf und Krefeld hat der Verlagsgeschäftsführer der *Westdeutschen Zeitung* (WZ) Kersten Köhler am 27. März angekündigt, die Zahl der redaktionellen Mitarbeiter von 100 auf 50 halbieren zu wollen.

Sowohl im Mantel als auch im Lokalen wird es zu Kündigungen und Änderungskündigungen bei der WZ kommen. Für die Lokalausgaben im Kreis Mettmann, Neuss und am Niederrhein (Mönchengladbach) wird die Eigenproduktion eingestellt und die Blätter werden künftig mit zugekauften Inhalten des bisherigen Konkurrenten im Lokalen, der auflagenstärkeren *Rheinischen Post* erscheinen. An deren Holding ist der Verlag W. Giradet, der die WZ herausgibt, ohnehin beteiligt und eine Kooperation im Druck und bei der Verteilung existiert bereits. Ein siebenköpfiges Team, das formal der tariflosen RP Media zugeordnet ist, „übt“ zurzeit die Anpassung der Inhalte des größeren RP-Formats an das kleinere WZ-Format. Als offizieller Termin für die Umstellung wird der 30. September 2014 genannt.

Der personelle Kahlschlag macht auch vor der mit etwa 25 Mitarbeitern besetzten Mantelredaktion nicht halt. Übrig bleiben wird nur ein siebenköpfiges Kompetenzteam, das unter Anleitung des neu benannten Chefredakteurs Ulli Tückmantel, bislang Ressortchef bei der RP, Material, dass die spezielle WZ-Tonalität weiterpflegen soll, an einen möglicherweise in Aachen angesiedelten externen Dienstleister liefert, der dann zusammen mit dpa-Material den Mantel der WZ baut. „In diesen Tagen muss man ja immer mit

allem rechnen“ sagt der Betriebsratsvorsitzende Andreas Keil, „aber dass es bei uns zu Entlassungen in diesem Umfang kommt, das hat alle Befürchtungen übertroffen. Wir sind geschockt.“ Zu den 50 Entlassungen bei den festangestellten WZ-Mitarbeitern kommen noch einmal etwa ebenso viele feste Freie, die nun ohne Auftraggeber dastehen. Der Betriebsrat, der erst sehr spät über die Gespräche informiert wurde und nun nur noch nachträglich seine Vorstellungen in die Umstrukturierung einbringen kann, hat den Arbeitgeber zu Verhandlungen über einen Interessensausgleich und einen Sozialplan aufgefordert.

Die dju in ver.di NRW hat die aktuellen Entwicklungen im Verlag W. Giradet kritisiert. „Wenn den Verlegern als einzige Reaktion auf wirtschaftlich schwierige Zeiten nur einfällt, Redakteurinnen und Redakteure zu entlassen, und lokal Inhalte von Mitbewerbern einzukaufen, dann wird das auf Dauer die publizistische Vielfalt in NRW komplett aushöhlen“, kritisierte der geschäftsführende Vorstand der dju NRW auch mit Blick auf die Ankündigung der Kölner Verlage DuMont Schauberg und Heinen, mehrere Lokalredaktionen zusammen legen zu wollen „Damit geht in vielen Städten eine zweite publizistische Meinung verloren, was eine differenzierte Meinungsbildung der Leser unmöglich macht, weil sie zu lokalen Themen nur noch eine Sichtweise präsentiert bekommen. Ein publizistischer Wettbewerb findet fast nirgendwo mehr statt.“ Das Modell *Westfälische Rundschau*, die als erste Tageszeitung in Deutschland nur noch mit lokalen Fremdinhalten und ohne eigene Redaktion herausgegeben wird, schein salonfähig zu werden, kritisiert die dju NRW. **Frank Biermann ■**



Vom Trendsetter zum Auslaufmodell?

Stadtmagazine Tip und Zitty erscheinen jetzt im selben Verlag

Der Markt für Stadtmagazine schwächelt. Die Konkurrenz durch das Internet macht den einstigen Szeneprodukten zu schaffen. Noch trifft es nicht alle so hart wie *Prinz*, das Ende 2012 eingestellt wurde. In Berlin übernahm jetzt der Raufeld Verlag ein halbes Jahr nach dem *Tip* auch den zweiten Platzhirsch *Zitty*.

Die Blütezeit der Stadtilustrierten liegt schon eine Weile zurück. Anfang der 80er Jahre verkaufte zum Beispiel das Berliner Magazin *Tip* zweiwöchentlich rund 100.000 Exemplare. Mit Geschichten über die vermeintliche Krise des deutschen Films, oder auch mit einer Aufklärungskampagne zu Aids. „Gerade in Berlin war das ‘ne wirkliche Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Tageszeitungen“, erinnert sich Alfred Holighaus, von 1986 bis 1995 *Tip*-Chefredakteur und heute Geschäftsführer der Deutschen Filmakademie. „Eine solche publizistische Alternative sind diese Magazine heute nicht mehr.“ Mittlerweile ist die Verkaufsaufgabe des *Tip* auf gut 28.000 zusammengeschnürt.

Ende der 80er Jahre, unmittelbar nach dem Mauerfall, entdeckten Großverlage den Marktwert der Stadtmagazine. Der Hamburger Jahreszeitenverlag übernahm *Prinz*, der Berliner Verlag kaufte den *Tip*, der „Tagesspiegel“-Verlag Holtzbrinck verleibte sich den Lokalkonkurrenten *Zitty* ein. Mit dem Einsetzen des Internet-Zeitalters begann der Ausverkauf. Mit der Aktualität des Netzes können die in der Regel 14täglich bis monatlich erscheinenden Magazine schwerlich mithalten. Gerade die Hauptzielgruppe der jungen Nutzer bedient sich zur Freizeitplanung mehr und mehr digitaler und mobiler Medien.

Auch die früher als „bürgerlich“ denunzierten Medien haben sich verändert, die Tages- und Wochenzeitungen sind frecher und kritischer geworden. Auch die Feuilletons von *Zeit*, *Süddeutscher Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* widmen sich subkulturellen Themen. Viele Stadtilus dagegen wurden längst vom Mainstream aufgesogen. Prominentestes Opfer der neuen Zeit war vor anderthalb Jahren *Prinz*, der Monatstitel des Hamburger Jahreszeiten-Verlags. Als bundesweites Magazin erschien der Titel mit zehn Regionalausgaben in den wichtigsten Großstädten.

Selbst die Berliner *Zitty* blieb von dieser Entwicklung nicht unberührt. Früher galt das Blatt als Leib- und Magen-Lektüre, teilweise sogar als Sprachrohr der linksalternativen Szene. Doch dieses Milieu gibt es so nicht mehr. Mit der Auflösung linker Gewissheiten sank auch die *Zitty*-Auflage, zuletzt auf noch rund 26.000 verkaufte Exemplare. Die Macher reagierten darauf mit anspruchsvollerer Ästhetik und journalistischerem Herangehen. Zum Beispiel mit Geschichten wie: „Was heißt hier links?“, in denen versucht wurde, das Lebensgefühl der Hauptstadt zwischen Hausbesetzern, Häuslebauern und bürgerlichen Occupy-Aktivistinnen zu ergründen. Genützt hat es offenbar wenig. Seit

dem 1. April erscheint das Blatt im Raufeld Verlag, einem Unternehmen, das sich mit der Redaktion und Herstellung von Sonderseiten und Kulturbeilagen für deutsche Zeitungen einen Namen gemacht hat. Außerdem realisiert der Verlag im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung die „Drehscheibe“, ein Serviceorgan für Lokaljournalisten.

Man werde die beiden Marken *Zitty* und *Tip* „auch künftig als eigenständige Titel weiterführen“, versichert Raufeld-Geschäftsführer Jens Lohwieser. Einstweilen müssten die 40 bisherigen *Zitty*-Mitarbeiter nicht um ihre Jobs fürchten. Ziel sei es, „die Titel redaktionell deutlicher zu profilieren und gleichzeitig die Vermarktung durch einen gemeinsamen Auftritt zu stärken“. Eine stärkere Profilierung könnte nicht schaden: Im März brachten beide Magazine nahezu zeitgleich Titel über „Die neue Lust am Fahrrad“ (*Tip*) bzw. „Rauf aufs Rad“ an die Kioske. Diese Duplizität soll künftig nicht mehr vorkommen, versichert Lohwieser. *Zitty* werde wieder „verstärkt an seine traditionelle Rolle als kritisches, politisches Stadtmagazin anknüpfen“ – noch lokaler, noch härter an den großen gesellschaftspolitischen Debatten der Stadt entlang. Der *Tip* wiederum werde schwerpunktmäßig sein Profil als Berliner Kulturmagazin schärfen, angereichert mit gewohnt starkem Servicecharakter.

Entscheidend für das künftige Schicksal der Stadtmagazine dürften Erfolg oder Misserfolg ihrer jeweiligen Online-Strategie sein. Die meisten Blätter haben es versäumt, einen zeitgemäßen Internetauftritt hinzulegen. Lohwieser kann sich vorstellen, die Veranstaltungshinweise sukzessive aus dem Heft ins Netz zu verlagern. Im Heft dagegen will er mehr journalistische Geschichten platzieren. Der bisherige Vollständigkeitsanspruch im Programmteil werde in den Heften tendenziell aufgegeben – im digitalen Zeitalter gehören Termine in den Online-Auftritt, servicegerecht verstärkt durch mobile Apps. Also: Raus mit den Listings, stattdessen mehr redaktionelle Empfehlungen für die Leser. Überlebenshilfe könnte auch eine Strategie der „line extension“ leisten, durch Pflege der Marke. Zum Printprodukt gesellen sich bei *Tip* und *Zitty* längst Webauftritt, Apps sowie Sonderhefte über regionale Gastronomie- und Tourismusangebote. Ob diese Strategie ausreicht, um das Genre zu retten, muss die Zukunft weisen. **Günter Herkel ■**



Foto: Petra Dreßler

Tip und Zitty – nur noch Lesestoff für die Älteren? Oder bald auch attraktiv für App-Nutzer?

Keine Ländergrenzen

Debatte über den Wandel der Medien in Europa

Der Umbruch in der europäischen Medienlandschaft ist unübersehbar. Online gibt es weder für Themen noch für Nutzer Ländergrenzen. Deshalb widmeten sich im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament das Deutsche Presse-museum im Ullsteinhaus e. V. und EUNIC, der Zusammenschluss europäischer Kultur-institute in Berlin, in einer Podiumsdiskussion dem Wandel der Presse in Europa. Die Teilnehmer der Debatte sahen darin eher eine Chance und Bereicherung denn eine Bedrohung ihrer Arbeit.

Die ukrainische TV-Journalistin Nataliia Fiebrig etwa kann sich die große Resonanz der Maidan-Bewegung in der weltweiten Öffentlichkeit auch dadurch erklären, dass die Menschen auf Grund der neuen Quantität der Bildberichterstattung permanent daran teilhaben konnten. „Viele Journalisten haben sich zu einer Art Partisanen-Journalisten gewandelt. Sie haben praktisch 24 Stunden live mit iPad, Klein- und Helmkameras berichtet, auf dem Maidan, den Straßen oder im Krankenhaus. Sie haben mit Leuten gesprochen und das ohne Kommentar direkt ins Internet versendet“, erinnert sich Fiebrig, die als Deutschlandkorrespondent für ihren Heimatsender 1Plus1 arbeitet.

Diese Streams seien als Informationsquelle wesentlich wichtiger und authentischer gewesen als die klassischen Nachrichten. Die meisten Ukrainer seien noch nie in Europa gewesen und hätten sich immer als am Rand stehend empfunden. Plötzlich hätten sie via Facebook, Twitter und Youtube im Zentrum nicht nur der europäischen Aufmerksamkeit gestanden. Es gebe somit mittlerweile eine völlig neue Qualität internationaler Relevanz für Leser, Hörer und Zuschauer und daher auch die Notwendigkeit neuer Medienvernetzungen.

Der britische *Guardian* etwa arbeitet jetzt schon mit anderen europäischen Zeitungen wie der *Süddeutschen Zeitung*, *Le Monde* und *La Repubblica* bei der Recherche zusammen. Philip Oltermann, derzeit Berlin-Korrespondent des *Guardian*, erinnert sich noch an den Druck im Newsroom durch die vorher so nicht gekannte internationale Leserschaft. Da meldeten sich etwa spanischen Studenten oder türkische Demonstranten, die nachfragten, wieso gerade heute nicht von den aktuellen Protesten in ihrem Land berichtet werde. Anders als zu Leserbriefzeiten müsse man sich heute als Journalist wesentlich mehr gegenüber Rezipienten und Kunden rechtfertigen. Auch komme es darauf an, die eigenen Kollegen für manche ausländischen Themen zu gewinnen.

„Es war wirklich schwer, den Redaktionsleiter zu überzeugen, jetzt einen Schwerpunkt-Bericht zum Beispiel über Wahlen in Finnland zu bringen. Aber immerhin online durfte ich dann einen großen Artikel platzieren. Und am nächsten Tag konnte ich auf die hohen Zugriffszahlen von 20.000 Facebook-shares in Finnland verweisen.“ Die online-Ausgabe des *Guardian* wird längst nicht nur für eine rein britische Leserschaft produziert. Die Redaktion muss auf das Informations-Bedürfnis international Rücksicht neh-

men. „Wir als Journalisten arbeiten heute eben auch europäischer. Früher konnte man in einer britischen Zeitung viel weglassen und so tun, als habe sich Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht verändert. Das geht heute nicht mehr. Da gibt es mittlerweile genug deutsch-britische Leser, die sich empören würden“, sagte Oltermann.

Vor allem im Online-Journalismus ist der englischsprachige Markt auf Grund seiner wesentlich größeren Leserschaft lukrativer als der relativ beschränkte deutschsprachige Raum. Wohl auch deshalb wechselte Wolfgang Blau vor einem Jahr von *Zeit-Online* zum *Guardian*, wo er heute die Digitalstrategie der Zeitung verantwortet. Er glaubt, dass erfolgreiche und innovative Medien heute nur noch solche sein können, die international auch wahrgenommen werden. „Ich war gerade erst zwei Monate beim *Guardian*, als wir das Interview mit Edward Snowden veröffentlicht haben. Das waren Monate, wo der Druck der britischen Regierung auf uns noch viel höher war als heute. Es gab viele Abende, an denen wir kurzfristig entschieden hatten, jetzt die nächste NSA-Geschichte zu veröffentlichen. Und man sah dann, wie der Nachrichtenredakteur den publish-button drückte und wie das innerhalb weniger Minuten in Deutschland die Nr.1-Geschichte wurde. Und in Großbritannien blieb es einfach dunkel“, erinnert sich Blau.

Selbst bei der BBC wagte zunächst niemand, den Abhörskandal zu publizieren. Für den *Guardian* sei es gerade damals wichtig gewesen, dass *La Repubblica*, *Süddeutsche Zeitung*, *Zeit-Online* oder *Spiegel* das Thema unmittelbar aufgriffen. Erst danach mussten auch die anderen britischen Medien reagieren. Und auch der Angriff Victor Orbans auf die ungarische Pressefreiheit wurde erst durch die Veröffentlichungen in deutschen, französischen oder niederländischen Medien zu einem gesamteuropäischen Thema.

Thomas Klatt ■



Foto: jd-photodesign / Fotolia.com

Sieg vor Gericht

Die mutige katalanische Gratiszeitung *Café amb llet*, über die M im Februar (1/2014) berichtete, hat ihren Berufungsprozess gewonnen. Die Redakteure hatten ihre kritischen Rechercheergebnisse über die Korruption im öffentlich finanzierten Gesundheitssektor auf Youtube veröffentlicht. Das sollte ihnen zusätzlich zu einer Geldstrafe verboten werden. Nun dürfen sie auch das inkriminierte Internetvideo wieder komplett zeigen. Zudem wurde im März ein sehr erfolgreiches Crowdfunding gestartet, um die Zeitung in weiten Teilen der Region mit einer Auflage von 145.000 Stück herausbringen zu können. Damit soll den großen, tendenziell unkritischen Medien etwas Wirkungsvolles entgegengesetzt werden, hieß es aus der Redaktion. Die dafür benötigten 25.000 Euro hatten sie schon in neun Tagen gesammelt, kurz darauf waren es 32.000 Euro. RH ■

News

Der Unternehmerjournalist

Ein Diskussions-Modell für europäische Gewerkschaften

Der Sparzwang ist ein verbreitetes Phänomen in der europäischen Medienlandschaft, der Rotstift diktiert in vielen Redaktionen. Wie können Journalistinnen und Journalisten damit umgehen, wie sollen sich die Journalistengewerkschaften positionieren? Mit diesen Fragen beschäftigten sich rund 50 Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften der Europäischen Journalistenföderation EJF Mitte März bei dem Seminar „Confronting Austerity – Financial and Employment Models for Journalism“ in Wien.



Foto: Tim Dawson (NUJ Großbritannien)

Yuklan Wong (EJF), Nadia Iglar (GPA-djp Österreich), Susanne Stracke-Neumann (dju in ver.di Deutschland) und Mette Schmidt Rasmussen (DJU Dänemark) (v. l. n.r.) gingen der Frage nach: Was können die Gewerkschaften tun, um die neue Generation von Journalisten für sich zu gewinnen?

Die Nachwuchswerbung wurde als wesentlicher Aspekt für ein erfolgreiches Mitgestalten der künftigen Medienlandschaft betont. Die Gewerkschaften sollten sich um Studierende kümmern. Dabei hat es nicht jede so einfach wie die Dänische Journalisten-Union DJU. Deren Nachwuchswerbung konzentriert sich auf drei Journalistenschulen, in denen 85 Prozent eines Jahrgangs geworben werden. Damit hat die DJU beidenswerte 15 Prozent junge Mitglieder, lässt sich dies mit Sommerlagern und Beratung aber auch einigem kosten.

Komplizierter ist dagegen die Lage in Deutschland oder Österreich, wo sich neben den Journalistenschulen seit 15 Jahren eine geradezu explodierende Zahl von Medienstudiengängen etabliert hat und der Journalismus zum Modeberuf aufgestiegen ist – bei jungen Leuten wie bei Hochschulen. Ein Trend, der sich in der sogenannten Zeitungskrise langsam zurückbildet. Trotzdem verzeichnet die Nachwuchswerbung der dju in ver.di ein Plus von fünf Prozent.

Lebhaft wurde diskutiert, ob nicht zu viele für den Journalismus und damit für die Arbeitslosigkeit ausgebildet würden. Mehrheitlich war die Stimmung jedoch gegen eine Beschränkung der Ausbildungsplätze, da eine fundierte journalistische Ausbildung flexible Absolventen auch zu anderen beruflichen Tätigkeiten wie Öffentlichkeitsarbeit oder Marketing befähige.

Wie können sich Journalisten und ihre Gewerkschaften in Zeiten von Stellenstreichungen, dem Sterben traditioneller Medien und neuer, nicht-journalistisch ausgebildeter Konkurrenz aktuell aufstellen? Als ein existenzieller Weg wurde der „entrepreneurial

journalist“ beschrieben, der Unternehmerjournalist, der seine Fähigkeiten als Freiberufler dem Medienmarkt anbietet, sei es als Solo-Selbstständiger oder in einer Gruppe von Gleichgesinnten. Harten Widerspruch zur Konstruktion des Unternehmerjournalisten gab es aus den Reihen der französischen Kollegen, die schon bei einer EJF-Umfrage diese Vorstellung kategorisch abgelehnt hatten. Die Auswertung der Umfrage soll im Sommer veröffentlicht werden.

Die französische Ablehnung trifft auf eine Entwicklung, in der eine Online-Zeitung wie „Mediapart.fr“ ein erfolgreiches Beispiel für unabhängigen, von Kollegen selbst organisierten Journalismus bietet. Und „Mediapart.fr“ ist nicht die einzige französische Neugründung dieser Art. Ein anderes Beispiel für eigenverantwortliches Arbeiten statt Resignieren in der Medienkrise kam aus Italien, wo sich 17 Journalistinnen und Journalisten als FPS Media zusammengeschlossen haben und sowohl Reportagen als auch Öffentlichkeitskampagnen anbieten, inzwischen sogar international. Dabei haben sie einen firmeneigenen Kodex erarbeitet, der die erwünschten von den unerwünschten Auftraggebern trennt.

Am italienischen Beispiel entzündete sich die Diskussion, ob es sich noch um Journalismus handele und diese Unternehmerjournalisten in Journalistengewerkschaften richtig angesiedelt seien. Auch hier prallten die Auffassungen aufeinander und wurden mit dem Hinweis, dies müsse jede Mitgliedsgewerkschaft für sich entscheiden, zur Seite geschoben. Klar sei, so EJF-Präsident Mogens Blicher Bjerregard, dass sich der journalistische Arbeitsmarkt entscheidend verändert habe und die Journalisten und ihre Gewerkschaften dem besser mit Innovationslust begegneten als mit Verweigerung. „Wir sollten da sein, wo die Jobs sind und wohin unsere Mitglieder gehen“, so der dänische Journalist. „Und wir sollten unsere Ethik in den neuen Arbeitsmarkt einbringen.“ Das bedeute auch die Verteidigung des Urheberrechts und des Paid Content.

Es gebe immer mehr journalistische Arbeit außerhalb der herkömmlichen Vertriebswege, unterstrich Tim Dawson von der britischen NUJ. Darum müssen sich die „Unions“ kümmern, um bei der Medienentwicklung mitzuspielen. Gerade für die Unternehmerjournalisten sei es wichtig, gewerkschaftlich organisiert zu sein um einen Raum zu haben, wo sie ethische Standards reflektieren können.

Die Freiberufler werden in allen EJF-Gewerkschaften zahlreicher, resümierte Bjerregard, das müsse in der Gewerkschaftsarbeit und der Werbung neuer Mitglieder stärker berücksichtigt werden. Die Weiterbildung der Mitglieder in Bezug auf Anforderungen und Risiken freiberuflicher Tätigkeit solle ausgebaut werden wie beispielsweise in Belgien oder den Niederlanden, wo die Gewerkschaft künftigen Freiberuflern sogar einen psychologischen Test über ihre Eignung als Unternehmer anbiete. „Die EJF muss dabei sein, wenn neue Journalismus-Modelle entwickelt werden“, forderte der EJF-Präsident. **Susanne Stracke-Neumann** ■

Mehr Info

Mehr zur Wiener Konferenz auf der neugestalteten Website der EJF, zum Anklicken in der Wechselbühne: www.ifj.org/regions/europe

Österreich: Rotstift für die Presseförderung

Die Presseförderung in Österreich soll empfindlich gekürzt werden. Die Regierung plant, die Mittel von derzeit knapp elf Millionen Euro um zwei Millionen Euro zu reduzieren (M 05 /2013). Konkret soll jenen Zeitungen, die weniger als 17 hauptberufliche Journalisten beschäftigen, die „Besondere Presseförderung zur Erhaltung der regionalen Vielfalt“ gestrichen werden.

Die Notwendigkeit einer Reform der Presseförderung in Österreich ist seit Jahren unstrittig. Sie sei längst überfällig, sagt die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp. Es gehe dabei jedoch darum, die Förderung generell auf neue Beine zu stellen. Dazu sei es notwendig, vom „Gießkannenprinzip“ abzukommen und die Presseförderung auf Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt auszurichten. Es sei nicht nachvollziehbar, wieso marktbeherrschende Unternehmen zusätzliches Geld vom Staat erhalten. Die Förderung von Gratismedien lehnt die Gewerkschaft kategorisch ab. „Wenn jemand schon journalistische Arbeit verschenken will, dann soll er das tun – aber natürlich nicht auf Kosten der Steuerzahler“, erklärte Gewerkschaftsvorsitzender Franz C. Bauer in einer Stellungnahme. Gleichzeitig betonte er, dass nur jene Medien förderungswürdig seien, die sich an Gesetze und Kollektivverträge halten. „Wer sich nicht einmal an die sozialen Mindeststandards hält, die Gesetze und Kollektivverträge für unsere Branche definieren, darf dafür nicht mit Steuergeld belohnt werden“, so Bauer. Angesichts des massiven Stellenabbaus, der derzeit in Redaktionen zu beobachten sei, befürchtet die Gewerkschaft eine Verschlechterung der Qualität.

Die Initiative Qualität im Journalismus in Österreich sieht in dem Vorhaben „willkürliche Förderkriterien und ein Diktat für Mindestgrößen im Journalismus“. Das Ausbleiben einer Reform der Presseförderung wäre mit „einem Absturz der Medienpolitik dieser Regierung gleichzusetzen“, sagt IQ-Sprecher Engelbert Washietl. Trete das Gesetz in Kraft, könnte dies das Ende zweier Tageszeitungen bedeuten, womit Washietl auf die Salzburger Volkszeitung und die Neue Voralberger Tageszeitung anspielte, heißt es in einer APA-Meldung.

Die Vizepräsidentin des Presseclubs Concordia Elisabeth Horvath ortet in der Förderungskürzung eine „Bestrafungsaktion für kritische Medien, deren Aufgabe es in der Demokratie unter anderem ist, durch Aufdeckung Kontrolle der Macht auszuüben“. Sie verweist auf die eine Studie des kürzlich verstorbenen Kommunikationswissenschaftlers Hannes Haas sowie auf Expertengespräche, die belegt hätten, dass eine Erhöhung der Fördermittel notwendig sei. Der jetzt vorliegende Vorschlag sei dagegen „vollkommen willkürlich und eine Husch-Pfusch-Aktion, der scheinheilig dieses Mäntelchen Qualitätsförderung umgehängt wird“, erklärte Horvath. Sie forderte eine umfassende Neuordnung der Presseförderung in Richtung Qualitätsförderung. **wen** ■

Veranstaltungen / Seminare für Selbstständige und Freie in Hamburg

Anmeldung NUR ONLINE: freie.hamburg.verdi.de/veranstaltungen
Die Teilnahme ist kostenlos.
Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Ebene 9, Raum St. Georg

Präsentationen mit Zoom-Effekt: Mit Prezi begeistern

22. Mai 2014, 17 – 19.15 Uhr

Was kann man mit dem Präsentationswerkzeug Prezi machen? Wie kann man sich positiv von anderen Präsentationen abheben? Wo liegen die Vorteile, wo die Nachteile bei Prezi? Weitere Fragen rund um Prezi und wirkungsvolle Präsentationen.

Referentin: Melanie Schwarzer, Mediatorin, Volljuristin, Coach
Moderation: Angela Schmitz, Systemisches Coaching-Beratung-Training

Von Netzwerken und Netzwerken – Digitale Profile optimieren und optimal nutzen

3. Juni 2014, 19 – 21.15 Uhr

Wie macht man aus Kontakten Beziehungen? Wie kann man XING & Co. optimal einsetzen, um mit Kunden, Partnern und Interessenten in Verbindung zu bleiben? Wir zeigen am Beispiel XING wie digitales Selbstmarketing in sozialen Netzwerken funktioniert.

Referent: Holger Ahrens, SocialMedia-Berater & Trainer für GoogleApps
Moderation: Marcus Hampel, Changemanager und Unternehmensberater

Impressum



«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung /
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreislise:
Nr. 19 gültig ab 1.1.2014

M im Internet
<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: -10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 3.2014: 28.03.2014

M 4.2014: 9.05.2014

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Leute

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Marc Brasse, zuletzt Chefredakteur im Bereich Ko- und Auftragsproduktionen bei Spiegel TV, wechselt zum 1. Mai in den Programmbereich Kultur und Dokumentation des NDR-Fernsehens, für das er in den vergangenen Jahren schon als Autor und Produzent vieler Dokumentationen und Doku-Dramen tätig war.

Bundespressekonferenz: **Gregor Mayntz** (Rheinische Post) wurde als Vorsitzender der BPK wiedergewählt. Als Vorstandsmitglieder bestätigt wurden: **Nick Leifert** (ZDF), **Angela Wefers** (Börsen-Zeitung), **Antje Sirlschotow** (Der Tagesspiegel), **Ute Welty** (freie Journalistin) und **Stephan Detjen** (Deutschlandradio). Neu in den Vorstand gewählt wurde **Tim Szent-Iványi** (DuMont Redaktionsgemeinschaft).

Christian Campe, zuletzt Leiter Personal und Recht sowie Prokurist bei den Stadtwerken Osnabrück, folgte als Personalchef des ZDF auf Prof. Dr. **Michael Winter**, der in den Ruhestand trat.

Das Handelsblatt Research Institute (HRI), dessen Präsident Prof. **Bert Rürup** ist, startete das Wirtschaftsbriefing Der Chefökonom, das wöchentlich erscheint.

Michael Heun, früher Chefredakteur von Programmzeitschriften, dann Inhaber einer Medienagentur, folgte als Chefredakteur der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung auf **Hartmut Reichardt**, der in den Ruhestand ging.

Mark Heywinkel, bisher als freier Autor und Projektentwickler tätig, übernahm die Chefredaktion des stiftungsfinanzierten digitalen Debattenportals VOCER. Zugleich schied **Carolin Neumann** aus der Redaktionsleitung aus und konzentriert sich künftig auf die Geschäftsführung des

VOCER Innovation Medialabs, einer 2013 gestarteten Exzellenzinitiative, bei der sich Nachwuchsjournalisten um ein Innovationsstipendium in Höhe von jeweils 3.000 € bewerben können. Beide Initiativen werden von neun Herausgebern und dem gemeinsamen Verein für Medien- und Journalismuskritik getragen.

Thorsten Höge, Chefredakteur u. a. der Titel fotoMAGAZIN und Segeln sowie Gesamtedaktionsleiter Online, ist Chefredakteur des neuen Food-Lifestyle-Magazins Brot – Genießen mit Laib und Seele, das der Hamburger Jahr Top Special Verlag ab Ende Mai zweijährlich herausbringt. Kooperationspartner ist der Zentralverband des deutschen Bäckerhandwerks.

Oliver Jarasch, bisher beim RBB für die „Abendschau“ und als Inlandskorrespondent für die Redaktion ARD-aktuell tätig, folgte als Leiter der Sendungen „Brandenburg aktuell“, „rbb um sechs“ und der Tagesausgaben von „rbb aktuell“ auf **Bärbel Wichmann**, die Leiterin des Studios Frankfurt/Oder wurde.

Rudolf Kreitz, stellv. Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers (Verlag M. DuMont Schauberg), und **Cordula von Wysocki**, Mitglied der Chefredaktion der Kölnischen Rundschau (Heinen-Verlag), leiten die neu geschaffene Rheinische Redaktionsgemeinschaft GmbH, unter deren Dach diverse Lokalredaktionen der beiden Zeitungen zusammengeführt wurden.

Landespressekonferenz NRW: In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende **Leo Flamm** (WDR Hörfunk) und die Vorstandsmitglieder **Tobias Blasius** (WAZ), **Bettina Grönwald** (dpa) und **Detlev Hüwel** (Rheinische Post). Neu im Vorstand ist **Thomas Hauberichs** (Radio NRW).

MDR-Verwaltungsrat: **Frank Möhrer**, Geschäftsführer des Beirats der Wirtschaft e. V. (BDW), löste als Vorsitzender des Gremiums turnusgemäß **Karl Gerhold** ab; als Stellvertreter folgte **Gerd Schuchardt**, ehemaliger Thüringer Kultusminister, auf **Jürgen Weißbach**.

Hilke Petersen, bisher beim ZDF stellv. Redaktionsleiterin und Moderatorin des Magazins „Frontal 21“, löste als Leiterin des ZDF-Landesstudios Baden-Württemberg in Stuttgart **Rudolf Rauschenberger** ab, der in den Ruhestand ging.

Adrian Pickshaus, bisher Reporter bei Bild am Sonntag, folgte bei G+J Corporate Editors als Chefredakteur der Lufthansa-Magazine und digitalen Medien auf **Georg Altrogge**, der Ende letzten Jahres zur Verlagsgruppe Handelsblatt zurückkehrte. **Stephan Seiler**, zuletzt freier Journalist für Printmedien, folgte als Chefredakteur für die Medienkanäle von DB mobil (Deutsche Bahn) **Jan Spielhagen** nach, der sich auf seine Aufgaben als Chefredakteur der G+J-Titel Beef! und Chefkoch Magazin konzentrieren wird. **Nina Grygoriew**, die bei G+J Corporate Editors bereits einige Magazine betreut, übernahm zusätzlich die Chefredaktion des Frauenmagazins Laviva (Rewe).

Sabine Schicketanz, bisher stellv. Chefredakteurin der Potsdamer Neuesten Nachrichten, folgt zum 1. Juli als Chefredakteurin des Blatts **Peter Tiede** nach, der Korrespondent im Parlamentsbüro der Bild-Zeitung wird.

Mark C. Schneider, bislang Automobil-Korrespondent für das Handelsblatt, wird zum 1. Juni Redakteur des Wirtschaftstitels Bilanz, der ab Mai als Beilage der Tageszeitung Die Welt erscheinen wird.

Robert Schneider, Chefredakteur von Super Illu (Hubert Burda Media), übernahm zusätzlich die Chefredaktion des Magazins Guter Rat; bisheriger Chefredakteur war **Werner Zedler**.

Erik Staschöfsky, bisher Redakteur in der Abteilung Kommunikation und Multimedia beim Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), wurde Kommunikationsreferent bei der Deutschen Aktuars Vereinigung.

Sylvie Stephan, früher Moderatorin beim BR und Hörfunkkorrespondentin in Paris für die ARD, zuletzt freiberuflich als Paris-Korrespondentin (Rheinische Post, Weser-Kurier) tätig, folgt im August als Pressesprecherin des BR auf **Christian Nitsche**, der zum 1. Mai Zweiter Chefredakteur bei ARD-aktuell wird.

Hannah Suppa, Leiterin des Digitalbereichs der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (Verlagsgruppe Madsack), übernahm das neu geschaffene Amt der Stellvertreterin des Chefredakteurs.

Michael Tallai, zuletzt Geschäftsführer bei der Nachrichtenagentur Dow Jones News, übernimmt die neu eingerichtete Position eines Verlagsleiters der Thüringer Allgemeinen (Zeitungsgruppe Thüringen).

Gleichberechtigte Doppelspitze für die taz: **Ines Pohl** holte zur Verstärkung **Andreas Rüttenauer**, bisher Redakteur im Ressort Sport, in die Chefredaktion. Er löste die stellv. Chefredakteure **Reiner Metzger** und **Sabine am Orde** ab.

Stefan Weigel, zuletzt stellv. Chefredakteur der Financial Times Deutschland, übernimmt diese Position bei der Rheinischen Post, die seit Mitte Januar von **Michael Bröcker** geleitet wird.

Anzeige

SOZIALVERBAND
VdK
BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

Angriff auf den Journalismus!

Unterstreichen Lektor
Überzogen?

Antwort dju
NEIN!
Arbeitsbedingungen
sind das A und O

**RAUS AUS DER
TARIFBINDUNG?**

Die Kündigung des Manteltarifvertrags ist ein Angriff auf qualifizierten Journalismus. Denn nur, wer von seiner Arbeit gut leben kann, kann auf Dauer gut arbeiten. Die dju in ver.di kämpft für faire Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Mit dem Insiderwissen der Spezialisten und der Kraft der Großgewerkschaft ver.di.

**REIN IN DIE
GEWERKSCHAFT!**

Einfügen dju
und gerechte Löhne

Hervorheben Lektor
Warum?



<https://dju.verdi.de/rein>

Starke Meinung. **Starker Einfluss.**

ver.di

dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Antwort dju
rund 2 Mio. Mitglieder!